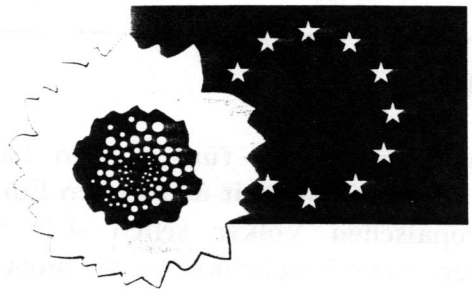

WAHLPLATTFORM 1994

DER GRÜNEN PARTEIEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION

AGALEV
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
COMHAONTAS GLAS
DEI GRENG ALTERNATIVE
DE GROENEN
DE GRONNE
ECOLO
FEDERAZIONE DEI VERDI
GLEI
GROEN LINKS
LES VERTS
LOS VERDES
OS VERDES
POLITIKI OIKOLOGIA
UK GREEN PARTY

und DIE FRAKTION DER GRÜNEN
IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Grün 615-5
Archiv Grünes Gedächtnis - Bibliothek -

Grün 615-5

PRÄAMBEL

In den vergangenen fünf Jahren hat der europäische Kontinent tiefgreifende Umwälzungen erlebt. Seit den letzten Europawahlen ist der Eiserne Vorhang gefallen. Die europäischen Völker sehen sich Entscheidungen von historischer Tragweite gegenüber. Neue Möglichkeiten wie auch neue Gefahren stehen uns bevor.

* **Neue Möglichkeiten für einen Zusammenschluß dieses Kontinents, dessen kulturelle, historische und sprachliche Wurzeln Jahrhunderte zurückreichen.**

* **Neue Möglichkeiten auch, nach Jahrzehnten tödlicher Feindschaft ein Gefühl für wirkliche gemeinsame Sicherheit zu entwickeln.**

Es ist an der Zeit, sich daran zu erinnern, daß die ursprüngliche Absicht der Gründerväter der Europäischen Union war, die Staaten, die den Kontinent zweimal an den Rand der Vernichtung gebracht hatten, durch gemeinsame Interessen aneinanderzubinden. In der Welt nach dem Kalten Krieg hat diese Absicht neue Bedeutung gewonnen.

Jedoch bedrohen uns auch neue Gefahren. Der Zusammenbruch der alten Systeme brachte Ungewißheit mit sich, lang unterdrückte Gefühle wurden sichtbar. An den Bruchlinien der Gesellschaft, seien sie nun wirtschaftlicher oder ethnischer Natur, kommen destruktive Kräfte hoch. Diese Kräfte ziehen die Menschen mit ihren populistischen und autoritären Parolen in ihren Bann. Entstanden aus einem Gefühl der Angst und Unsicherheit, sind diese Kräfte in der Lage, Europa zu verwüsten, wenn wir ihnen nicht Einhalt gebieten.

Auf dem Balkan und im Kaukasus erleben wir heute die blutigsten Auseinandersetzungen seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Zerstritten und führungslos schaut die EU hilflos zu, während ethnische Kriege in Bosnien wüten. Noch vor gar nicht langer Zeit, als der irakische Überfall auf Kuwait die eilfertig verkündete Neue Weltordnung störte, schlossen sich die Staaten der EU der alliierten Koalition an, die einen blutigen Krieg wollte. Dieser Krieg hätte durch konsequenten politischen und wirtschaftlichen Druck vermieden werden können, wenn in früheren Jahren lukrative Waffenlieferungen an den Irak unterbunden worden wären.

Die zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben jetzt die Chance, ein vereintes, demokratisches und gefestigtes Europa zu schaffen. Trotzdem sind sie bis heute nicht imstande, mehr als nur ihre eigenen Interessen zu sehen. Ihre einzige Sorge gilt dem Export ihres brüchigen Wirtschaftsmodells, dessen offensichtliches Versagen durch wachsende Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und wachsende soziale Krisen belegt wird. Die Experimente Binnenmarkt und Maastrichter Vertrag setzen auf wirtschaftliche Integration um jeden Preis. Gestützt auf die Illusion eines grenzenlosen

Wirtschaftswachstums und ohne Berücksichtigung sozialer und demokratischer Aspekte sehen wir, wozu soziale Ausgrenzung führt: Armut und Marginalisierung inmitten von Überfluß. Die Vertreter des Konzepts einer wirtschaftlichen Integration sind nun gezwungen, das Versagen des Europäischen Währungssystems (EWS) plus 18 Millionen Arbeitslose einzugestehen.

Historische Wende wie auch Wirtschaftskrise verlangen eine Neudefinition der Werte, Parameter und Ziele. Stattdessen lautet die Antwort nur, mehr Wettbewerb, mehr Produktion und Konsum, das Ganze im Namen von mehr Wirtschaftswachstum. Dabei werden diese Konzepte als ein unverrückbares Dogma dargestellt, über das weder diskutiert noch verhandelt werden kann. Dies ist jedoch genau der Ansatz, der klar und deutlich als Ursache für die derzeitige Krise benannt werden kann.

Die so feierlich im Juni 1992 in Rio unterzeichneten Abkommen zur Bekämpfung der globalen Umweltkrise und zur Förderung einer nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung blieben ein Blatt Papier. Das weltweite Ungleichgewicht hat sich seitdem noch vergrößert. Die Grünen können die Tatsache, daß die EU diese Abkommen in ihren Aktionsprogrammen auf eklatante Weise mißachtet, nicht akzeptieren.

Im Bewußtsein der überproportionalen Verantwortung, die der EU bei der weltweiten Umweltkrise zukommt (übermäßiger Ressourcenverbrauch, Entstehung von Umweltverschmutzung und Abfall) verpflichten sich die Grünen, für die Umsetzung der Abkommen von Rio zu kämpfen.

Die Grünen sind davon überzeugt, daß in einer Welt wachsender gegenseitiger Abhängigkeiten neue Orientierungen und Prioritäten gefordert sind. Dies war sowohl der Kern grüner Arbeit im Europäischen Parlament in den vergangenen zehn Jahren als auch grüner Parteien und deren RepräsentantInnen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene. Die Grünen konnten bereits viel erreichen, indem sie sich für eine umweltverträgliche Politik und bessere Gesetze einsetzten.

Die Grünen kämpfen weiterhin leidenschaftlich für eine demokratische Reform der EU-Institutionen und für das Recht eines jeden europäischen Staates, dessen Bevölkerung dies mehrheitlich wünscht, der EU beizutreten. Ziel der Grünen ist es, ein politisches Europa unter Mitwirkung des Bürgers und aller Gemeinden und Regionen, eingebettet in eine neue Integrationsstruktur, zu gestalten, bei der die Entscheidungen gleichermaßen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene getroffen werden.

Die Grünen treten für eine europäische Wirtschaftspolitik ein, die wirtschaftlichem Zentralismus, ökologischer Zerstörung und Verschwendung eine Absage erteilt und die auf ökologischen und sozialen Kriterien basiert; eine Politik, die die Probleme der südlichen Länder der EU mithilft zu lösen, um so zu vermeiden, daß diese Staaten ausgegrenzt und zu Randgebieten werden.

Die Grünen stehen für ein Europa, das kulturelle Vielfalt respektiert, einen Wert, den Grüne bewahren und ausweiten möchten, weil sie alle Mitglieder der Gesellschaft gleichermaßen achten und Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus ablehnen.

Die Grünen setzen sich für eine Zusammenarbeit mit den Völkern der Dritten Welt ein mit dem Ziel, deren Ausbeutung und Marginalisierung ebenso wie eine Zweiteilung unseres Planeten zu verhindern.

Am Vorabend eines neuen Jahrtausends gibt es für Europa nur eine Richtung sich zu entwickeln, nämlich hin zu dem Aufbau einer neuen Weltordnung auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Zusammenarbeit, einer Weltordnung, die den Frieden schützen und Umweltschäden beseitigen kann, um zukünftigen Generationen einen Planeten zu übergeben, dessen natürliche Ressourcen intakt sind und auf dem Gerechtigkeit herrscht.

Für diese neue Vision von Europa setzen sich die Grünen Parteien der Europäischen Union ein. Die vorliegende gemeinsame Plattform ist eine Zusammenfassung all der Ideale, Ziele und Erfahrungen, die die Grüne Fraktion im Europäischen Parlament in den vergangenen Legislaturperioden gesammelt hat, gedacht als Leitlinien für die kommenden fünf Jahre. Damit steht sie in einer Reihe mit den Leitlinien der Paneuropäischen Föderation der Grünen Parteien, in der die Grünen Parteien der EU mit den Grünen aus ganz Europa zusammenarbeiten.

Die grüne Bewegung in Europa hat eine neue Stufe erreicht. In den letzten zehn Jahren sind viele Themen, die die Grünen aufgebracht hatten, in den Wortschatz der Bürger, Medien und politischen Parteien aufgenommen worden. Grüne können jetzt Entscheidungsprozesse in vielen Parlamenten der Mitgliedstaaten wie auch in vielen Regionalparlamenten und Gemeinderäten mitgestalten. Darüber hinaus wird eine stärkere grüne Präsenz im Europaparlament dazu beitragen, grünes Gedankengut in Europa weiterzuverbreiten und zu beeinflussen. Ein grünes Europa ist im Entstehen.

I. DER UMBAU EUROPAS ZU EINEM MODELL UMWELTVERTRÄGLICHER ENTWICKLUNG

Die Politik der Europäischen Union beruht immer noch auf dem Dogma des unbegrenzten Wirtschaftswachstums und verschließt die Augen vor den realen Kosten, die sich daraus für Gesellschaft und Umwelt ergeben. Derzeit ist die allein ausschlaggebende Devise des Binnenmarktes freie Fahrt für "freien Handel". Die Grünen sind für eine radikale Wende in Produktion und Konsum innerhalb der Grenzen dessen, was für die Umwelt erträglich ist. Die Grünen sind für eine umweltverträgliche Entwicklung, die Qualität den Vorrang gibt vor Quantität.

Ein Umbau der Wirtschaft in Richtung auf eine umweltverträgliche Entwicklung setzt eine tiefgreifende Veränderung der EU-Politik voraus. Die Europäische Union darf nicht länger als eine Kriegsmaschinerie für die Eroberung des Weltmarktes im Wettbewerb mit den USA, Japan und den neuen außereuropäischen Industrieländern betrachtet werden. Die Europäische Union muß zu einer Gemeinschaft werden, in der die Völker Europas untereinander solidarisch sind, die so gemeinsam mit den Völkern der ganzen Welt in der Lage sind, ihren Wohlstand zu mehren.

Mit seinen 350 Millionen Bürgern, seinem ökonomischen Gewicht als weltweit größter Exporteur und Importeur, der Vielfalt seiner Ökosysteme und Ressourcen hat Europa die Möglichkeit, Antworten auf die Bedürfnisse und Wünsche seiner Bevölkerung zu finden. Doch dazu müssen sich zunächst die Strukturen der Union (d.h. der Verträge) und ihre Ziele, ihre Politik und ihre Instrumente ändern.

1. **Die Grünen Parteien schlagen vor, das Europäische Parlament mit der Ausarbeitung einer europäischen Verfassung zu beauftragen, in der eine ökologisch verträgliche Entwicklung als Ziel der Union verankert wird. Der jetzige Inhalt der Verträge muß dahingehend geändert werden, daß die Begriffe Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Freihandel durch Öko-Entwicklung, Zusammenarbeit und gerechten Warenaustausch ersetzt werden.**

2. **Ziel der Gemeinschaft muß sein, in allen Regionen :**

   * **ökologische Vielfalt, Diversifikation der sozioökonomischen Strukturen und von Aktivitäten außerhalb von Handel und Gewerbe ;**

   * **Lebensqualität, vor allem im Sinne von Umweltqualität ;**

   * **ein hohes Maß an lokaler Autonomie sowie politische Entscheidungen, die auf unterster Ebene getroffen werden ;**

   * **eine Öffnung für andere Länder und Völker, die die Schaffung von Strukturen und Projekten für Zusammenarbeit, Solidarität und Austausch fördert ;**

   bestmöglich zu gewährleisten.

3. **Die Politiken der EU in den verschiedenen Bereichen müssen so verändert werden, daß sie im Dienste einer nachhaltigen, ökologischen Entwicklung stehen, die solche Ziele wie Vielfalt der Lebensformen, Lebensqualität, soziale Gerechtigkeit, Umweltqualität, Autonomie, Öffnung zur Welt und Zusammenarbeit unter den Regionen sicherstellt.**

a. Landwirtschaft

Reform der EU-Agrarpolitik im Hinblick auf die Entwicklung einer nachhaltigen und integrierten Landwirtschaft.

b. Verkehr

Die Infrastrukturpolitik ist auf ein kombiniertes Verkehrswesen (Schiene, Wasserwege, Straßen) zu reorientieren und den regionalen Binnennetzen der Vorrang gegenüber transeuropäischen Netzen zu geben. Auf überflüssige Mobilität muß zugunsten der Bekämpfung der Umweltschäden verzichtet werden. Kurzstreckenflüge sollen durch die Eisenbahn ersetzt werden.

c. Energie

Vorrangige Ziele müssen energiesparende Maßnahmen, der Einsatz erneuerbarer Energien und die Förderung von dezentralisierten Energietechnologien sein. Die EU muß ein Szenario für einen kurzfristigen Ausstieg aus dem Atom und einen langfristigen Umstieg auf den Einsatz nichtfossiler Energiequellen entwerfen. Dies bedeutet insbesondere, daß sich die EU (ebenso wie die anderen OECD-Länder) dazu verpflichtet, die C02-Emissionen, ausgehend vom Niveau von 1990, bis zum Jahre 2000 um 20 % und bis 2010 um 50 % zu reduzieren.

d. Umwelt

In diesem Bereich sollen Förderprogramme folgende drei Zielsetzungen verfolgen:

* **Vorbeugung von Umweltschäden ;**

* **Einführung von Grenzwerten für Produktion und Verbrauch, die eine nachhaltige Entwicklung begünstigen ;**

* **Sanierung von verseuchten und umweltgeschädigten Gebieten.**

e. Industriepolitik

Sämtliche Informationsmaßnahmen müssen sich auf umweltverträgliche Technologien konzentrieren; die Wettbewerbsfähigkeit "regenerierbarer" Ressourcen, Technologien und Produkte muß ein wichtiges Ziel europäischer Industriepolitik sein.

f. Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung sollen ausgerichtet werden auf :

* **die Einführung neuer Technologien und Produkte für den Einsatz erneuerbarer Rohstoffe und Energien ;**

* **die systematische Analyse sozialer Probleme und der Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft, Technologie und Gesellschaft.**

g. Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt

Aus den erwähnten Zielsetzungen ergibt sich natürlich, daß eine auf die Festigung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts ausgerichtete Regionalpolitik Regionen mit "Entwicklungsrückständen" die Gelegenheit geben muß, verstärkt die entsprechenden sektoriellen Maßnahmen zu ergreifen, um auf diese Weise den jeweiligen wirtschaflichen, ökologischen oder sozialen Bereich positiv zu beeinflussen.

4. **Wenn die Wirtschaft auf eine ökologisch verträgliche Entwicklung umgestellt werden soll, müssen die geeigneten wirtschaftlichen (Ökosteuern), gesetzgeberischen und ordnungspolitischen (Gesetze, Ökolabel, Öko-Audits usw.) wie auch die haushaltspolitischen Instrumente (Umorientierung des EU-Haushalts) eingeführt bzw. verbessert werden. Die Bewertung der sozialen und umweltpolitischen Auswirkungen von Gemeinschaftsprogrammen und neuen Technologien auf die Gesellschaft muß permanent und nicht im nachhinein erfolgen. Neue Entwicklungsindikatoren müssen zum Einsatz kommen, mit denen bei neuen Maßnahmen geprüft werden kann, ob die entsprechenden Zielsetzungen eingehalten werden. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um Indikatoren zur Bewertung der Lebensqualität, die derzeit noch über das dafür nicht geeignete Bruttosozialprodukt erfolgt. Struktur und Kohäsionsfonds müssen im Sinne der neuen Zielsetzungen der Union reformiert werden.**

II. BESEITIGUNG DER NEGATIVEN AUSWIRKUNGEN DES BINNENMARKTES

Am 1. Januar 1993 wurden die Binnengrenzen für den Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr, nicht aber für den Personenverkehr geöffnet. Die Art und Weise, wie diese Öffnung vorsich geht, gefährdet die Umwelt, den sozialen Schutz und die Rechte der Bürger Europas. Zur Bekämpfung der negativen Auswirkungen des Binnenmarktes, dessen derzeit unzureichender ordnungspolitischer Rahmen zu Sozial- und Umweltdumping führt, schlagen die Grünen Parteien vor :

1. **Seitens der Union Einführung von Normen und Bestimmungen auf hohem Niveau in den Bereichen Soziales, Umwelt, Verbrauchersicherheit und Verbraucherschutz.**

   Verschiedene Anreize (einschl. Öko-Audits, Ökolabel, Steuervorteile usw.) sind erforderlich, wenn man einen dynamischen Prozeß hin zu höheren gemeinsamen Umweltstandards in Gang bringen will. Bezugsgrößen sollten hierbei die jeweils höchsten geltenden Normen in einem Mitgliedstaat sein.

   *** Im Bereich Verbraucherschutz und -sicherheit sollten diese Standards unmittelbar Anwendung finden ;**

   *** für Sozial- und Umweltprobleme schrittweise Einführung ;**

   *** einzelne Staaten haben das Recht, strengere Normen im Sozial- und Umweltbereich einzuführen.**

2. **Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Folgekosten im Preis der Waren, vor allem durch :**

   *** spezifische Ökosteuern, wobei die EU-Steuer auf Energie und CO_2-Ausstoß entsprechend dem von der Grünen Fraktion vorgeschlagenen Modell (Green Paper Nr. 3 der Grünen von März 1992) von allergrößter Bedeutung ist ;**

   *** eine Rahmenrichtlinie über grundlegende Regelungen der zivilrechtlichen Haftung für Umweltschäden.**

3. **Einführung einer Gemeinschaftssteuer auf Einkünfte aus Devisenspekulation und bewegliche Wirtschaftsgüter unterschiedslos für EU - Inländer und - Ausländer sowie Harmonisierung der Körperschaftsteuer auf hoher Ebene.**

4. **Programme zur Förderung von Genossenschaften, Klein-, Handwerks-, Wartungs- und Reparaturbetrieben.**

III. REGULIERUNG DES WELTHANDELS NACH UMWELT- UND SOZIALKRITERIEN

Den Verhandlungen der Uruguay-Runde, die die Bestimmungen des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) auf die Bereiche Landwirtschaft, Dienstleistungen, Textilien, Investitionen und geistiges Eigentum ausdehnten, standen die Grünen mit größtem Mißtrauen gegenüber. Die erzielte Einigung wird weltweit gravierende Konsequenzen für Umwelt, Arbeitsbedingungen und kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten haben. Sie wird die Möglichkeiten der Unterzeichnerstaaten, ihre eigene Politik im Bereich Umweltschutz, Dezentralisierung und lokale Selbstversorung zu verfolgen, untergraben.

Angesichts der immensen weltpolitischen Auswirkungen eines derartigen Abkommens stehen mangelnde Transparenz, Informationen und parlamentarische Kontrolle des Verhandlungsprozesses sowie die unglaubliche Macht, die den Experten in Fragen der praktischen Anwendung eingeräumt wurde, in keinem Verhältnis. Ferner muß festgestellt werden, daß die drei größten Handelsblöcke - die EU, Japan und die USA - zwar offiziell die Prinzipien des Freihandels unterschrieben haben, den Weltmarkt jedoch weiterhin über die Stärkung ihrer sog. freiwilligen Exportrestriktionen ebenso wie durch Quoten und Zollschranken beherrschen. Die Fortschreibung der Subventionen für ihre eigenen, krisengeschüttelten Branchen bedeutet, weiter die Augen vor den berechtigten Forderungen der Länder Osteuropas und der Dritten Welt nach fairen Handelsbedingungen zu verschließen.

In Europa ist in letzter Zeit ein wachsendes Bewußtsein für die Gefahren einer Logik des Freihandels entstanden, die die bestehenden Ungleichgewichte im Sozialbereich und in der Umwelt sowie die kulturellen Unterschiede unberücksichtigt läßt. Jetzt, da die Länder Osteuropas nach dem Fall der Mauer zu einem wichtigen, zusätzlichen Potential für Im- und Export geworden sind, geht es sogar noch um viel mehr.

Die Europäische Union selbst räumt ein, "daß die umweltpolitischen und sozialen Auswirkungen bestimmter Praktiken des Welthandels seit der Deklaration von Punta del Este im Jahre 1986, mit der die Verhandlungen der Uruguay Runde begonnen wurden, beträchtlich zugenommen haben". Die Grünen fordern, daß die EU ihre Grenzen für die Ländern Osteuropas und der Dritten Welt öffnet und ihnen für ihre Produkte faire Preise zahlen soll; Solidarität mit den Entwicklungsländern oder den ehemals kommunistischen Staaten kann wiederum nicht heißen, bestimmte Formen von Sozial- oder Ökodumping einfach hinzunehmen. Unfairer Wettbewerb von Produzenten in der

Dritten Welt oder Mittel- und Osteuropa, die ihre Kosten senken, indem sie den Menschen ihre elementaren Rechte vorenthalten oder die Umwelt zerstören, ist eine Art von Dumping, das auf unseren Märkten nicht hingenommen werden kann. Hier sind neue Regelungen für den Welthandel dringend erforderlich.

Die Europäische Union muß ihre Forderungen nach neuen Bestimmungen für den Welthandel auf folgende Kriterien stützen :

1. **Neue Handelsabkommen müssen jedem Land die Möglichkeit geben, bei seiner Entwicklung und der Befriedigung der elementaren Bedürfnisse seiner Bevölkerung seinen eigenen Weg zu gehen. Diese Regeln müssen für einen fairen Wettbewerb bei Waren und Dienstleistungen sorgen. Sie dürfen keinesfalls zu einer Begünstigung von Handelsmonopolen mit all ihren negativen Begleiterscheinungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und kulturelle Vielfalt beitragen, die darauf hinauslaufen würden, die Dominanz der nördlichen Hemisphäre über die südliche zu zementieren.**

2. **Neue internationale Handelsbestimmungen müssen die Mindestverpflichtung eines Staates für Leistungen der Öffentlichen Hand wie Sozialversicherung, Verkehrswesen, Gesundheitsversorgung, Bildung und Forschung festlegen.**

3. **Die Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung und die Schlußfolgerungen der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung aus dem Jahre 1992 einschl. der Abkommen über Klimaschutz und Artenvielfalt müssen Prioritäten internationaler Handelsverträge werden.**

4. **In neu abgeschlossene internationale Verträge müssen Vorschriften entspr. der von der International Labor Organization (ILO) vorgeschlagenen Sozialklausel mitaufgenommen werden.**

5. **An den Grenzen sind Abgaben einzuführen zum Ausgleich von unterschiedlichen Kosten, wie sie aufgrund von niedrigeren Sozialleistungen und Umweltschutzmaßnahmen entstehen können. Das dadurch entstehende Finanzaufkommen sollte in einen Fonds fließen, der von einer internationalen Handelsorganisation zu verwalten wäre und der in erster Linie Projekten zur kommunalen oder regionalen Entwicklung in den Entwicklungsländern zugute kommen und zur Korrektur von wettbewerbsverzerrenden Faktoren dienen sollte. Sinn all dieser Maßnahmen ist es, höhere soziale und Umweltnormen in der Europäischen Union zu schützen und zur Förderung einer umweltverträglichen Entwicklung außerhalb der Union beizutragen.**

6. **Jegliche Patentierung von Lebewesen auf der Grundlage einer Aneignung der genetischen Ressourcen, seien sie nun natürlicher oder gentechnischer Provenienz, muß verboten werden.**

7. **Kulturelle Fragen lassen sich nicht wie materielle Güter behandeln, insbesondere im audiovisuellen Bereich, der für den Schutz des kulturellen Erbes und den Ausdruck der Kreativität seiner Bürger lebenswichtig ist. Der Schutz von Urheber- und ähnlich gelagerten Rechten wie auch der künstlerischen Rechte von Autoren und Künstlern muß universell sichergestellt sein.**

Folglich ist unverzüglich im Rahmen der UNO und auf demokratischem Wege eine Internationale Handelsorganisation ins Leben zu rufen, die für die Einhaltung des Abkommens verantwortlich ist und baldmöglichst arbeitsfähig sein sollte. Vorrangige Aufgabe dieser Organisation sollte es sein, die Strukturen eines internationalen Handelsaustausches im Einklang mit den erwähnten Prinzipien zu präzisieren.

IV. AGRARPOLITIK : REFORM DER REFORM

1. Analyse der EU-Agrarpolitik

Die gemeinsame Agrarpolitik besteht seit den Anfängen der Europäischen Union und ist einer ihrer Grundpfeiler. Nach dem 2. Weltkrieg betrug die Selbstversorgungsrate Westeuropas bei Lebensmitteln noch 60 %, das gleichzeitig großen Bedarf an Arbeitskräften in der Industrie hatte.

Von daher verfolgte die gemeinsame Agrarpolitik die folgenden Schwerpunktziele:

- **Lebensmittelselbstversorgung für die Europäische Union ;**
- **Modernisierung der Landwirtschaft ;**
- **verstärkte Freisetzung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte für die Industrie;**
- **gleiches Einkommen für Landwirte und Arbeitnehmer aus anderen Branchen.**

Dafür wurde im wesentlichen folgende Politik verfolgt :

- **Marktordnung für Erzeugnisse wie Milch, Ölsaaten, Getreide, Rüben ;**
- **Marktstützung für Fleisch, Wein usw. ;**
- **finanzielle Anreize zur Förderung von Modernisierung und Struktur- wandel ;**
- **Schutzmaßnahmen vor Importen an den Grenzen.**

Im wesentlichen hat diese Politik ihr Ziel erreicht. Seit den Achtziger Jahren ist die Europäische Union Selbstversorger, die Anzahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ist stark zurückgegangen zugunsten der Industriearbeiter und die gewünschte Modernisierung ist insoweit eingetreten, als die Produktivität pro Arbeitskraft in der Landwirtschaft stärker zugenommen hat als in der Industrie. Die Strategie der Union, Strukturwandel auf dem Wege über Preissenkungen und Finanzspritzen für die Modernisierung von Bauernhöfen zu erreichen, war nur zu erfolgreich.

In den 80er Jahren traten dann die ersten Probleme auf :

- **der massive Import von Getreidesubstituten und die Explosion der Milch- und Getreideproduktion zwangen die Europäische Union dazu, auf einen Weltmarkt zu exportieren, der durch wesentlich niedrigere Preise als der Binnenmarkt gekennzeichnet ist (so konnten z.B. manche Getreidearten nur zu einem Drittel des Preises weiterverkauft werden, der an die Erzeuger gezahlt worden war) ;**

- **der Beitritt Großbritanniens, das auf eine lange Tradition des Handelsaustausches von Weltmarktprodukten zurückblicken kann, beeinflußte die Bereitschaft der Union, billigere Agrarprodukte zu importieren, wie z.B. neuseeländisches Hammelfleisch ;**

- **wachsende Arbeitslosigkeit in der Industrie ;**

- **stark vergrößerte Kluft innerhalb der Einkommen in der Landwirtschaft. Das System der Gewährung von Produktbeihilfen begünstigte die großen Betriebe : 80% der Finanzmittel kamen ihnen zugute, während die restlichen 20 % auf die 80 % kleinen und mittleren Höfe entfielen ;**

- **Konzentration von Viehzucht im Einzugsbereich von Häfen, die von Frachtschiffen mit Getreideersatzstoffen aus der Dritten Welt wie z.B. Soja und Maniok angelaufen werden ;**

- **Ökologische Zerstörung ganzer Regionen, die von industrieller Landwirtschaft und Tonnen von tierischen Exkrementen (Gülle) überflutet und deren Böden und Gewässer durch Nitrate und Pestizide vergiftet werden ;**

- **die Verödung ganzer Landstriche, die mit der industriellen Entwicklung der Landwirtschaft nicht Schritt halten konnten.**

Auf diese Lage reagierte die Union mit unterschiedlichen Maßnahmen :

- **durch Preissenkungen mit dem Ziel einer Produktionsdrosselung ;**

- **durch die Einführung von Mechanismen zur Produktionssteuerung wie z.B. Milchquoten im Jahre 1984, Mitverantwortungsabgaben usw ;**

- **durch die Vergabe von differenzierten Förderbeihilfen je nach Art des Produktionsgebietes wie Berglandwirtschaft, benachteiligte Gebiete usw...**

Diese Maßnahmen reichten aber offensichtlich für eine Änderung der gemeinsamen Agrarpolitik nicht aus, da sie derselben Logik einer Produktionsankurbelung folgten. Die Produzenten trieben die Rationalisierung immer weiter voran, um noch mehr zu produzieren und so den Preisverfall aufzufangen. In den Jahren 1987/88 begann man von einer Reform der gemeinsamen Agrarpolitik zu sprechen, mit der deren Ziele tiefgreifend revidiert werden sollten. Diese Reform wurde für die Union deshalb dringend, weil damit sowohl ihre inneren Probleme wie z.B. die Krise des EU-Agrarhaushaltes, die Umweltverschmutzung, der Einkommensrückgang in der Landwirtschaft, als auch äußere Probleme ausgeglichen werden sollten. Dazu gehörte die starke Opposition der USA und anderer Exporteure von Agrarprodukten im GATT, die alle Konkurrenten um Marktanteile auf dem Weltmarkt sind.

Deutlich wird dieser Widerstand am Beispiel der Beschuldigungen, die das Panel des GATT gegen die Europäische Union in der Frage der Sojabohnen 1989 und später im März 1992 vorbrachte und der Forderung, die Bauern in Europa sollten die Produktion von Öl-Eiweiß-Saaten (Raps, Sonnenblumen) drosseln. Subventionierte Exporte europäischer Agrarprodukte werden weitgehend dafür kritisiert, auf unlautere Weise mit den Landwirten der Dritten Welt zu konkurrieren und so nicht nur deren Exportchancen zu zerschlagen, sondern sie auch noch von ihren eigenen regionalen Märkten zu verdrängen. Europäische Exportsubventionen, die anderen Formen indirekter US-Subventionen folgen, haben weltweit zu einem ruinösen Verfall der Agrarpreise in den Ländern geführt, die zu derartigen Stützungsmaßnahmen nicht in der Lage waren. Exportsubventionen machen aus dem Weltagrarmarkt einen Dumpingmarkt.

2. Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik

Nach zweijähriger Debatte wurden die positiven Aspekte der MacSharry-Reform, die ursprünglich ein paar gute Absichten für das Überleben der Kleinbauern wie auch eine Beschränkung der Intensivbewirtschaftung enthielt, gestrichen, während die negativen beibehalten wurden. Hier die wesentlichen Punkte :

- **Stillegung von 15 % der bewirtschafteten Flächen ;**
- **Preissenkungen: -30 % für Getreide, -15 % für Rindfleisch ;**
- **Ausgleichszahlungen : bei Getreide nach Fläche, bei Schafen und Rindern nach Kopfzahl ;**
- **Vorruhestandsentschädigungen für ältere Landwirte ;**
- **Maßnahmen im Agrar- und Umweltbereich, deren Verwirklichung Aufgabe der Mitgliedstaaten ist und die speziell für bestimmte Gebiete gelten.**

Die Folgen waren :

- **für den EU-Haushalt die Möglichkeit einer Budgetplanung über mehrere Jahre im voraus, da Parameter wie Anbaufläche und Viehbestand feststehen ;**

- **höhere Wettbewerbsfähigkeit für die EU-Produkte auf den Weltmärkten, da sie verbilligt sind ;**

- **eine verbesserte Verhandlungsposition der Europäischen Union bei den GATT-Verhandlungen dank einer Kürzung ihrer Produkt- und Produktionssubventionen;**

- **ein auch weiterhin ungerechtes System, da die größten landwirtschaftlichen Betriebe und die Regionen mit der höchsten Getreideproduktion die meiste Hilfe erhalten ;**

- **Spaltung der Landwirtschaft in einen sehr produktiven, intensiv betriebenen Teil und eine Landschaftspflege, die sich dem Landschaftsschutz widmet ;**

- **Fortsetzung oder sogar Verschlimmerung der Umweltverschmutzung ; erschwerend kam natürlich noch hinzu, daß stillgelegte Flächen für den Anbau von für den Verkauf bestimmten Produkten nach derselben Produktivitätslogik und ohne Beschränkungen hinsichtlich chemischer Rückstände benutzt wurden.**

3. Reform der Reform

Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, wie von den Grünen vorgeschlagen, beruht auf mehreren Zielsetzungen :

1. **Volle Nutzung der Nahrungsmittelressourcen der EU zur Sicherung der Lebensmittelversorgung und Reduzierung der Futtermittelimporte aus Ländern der Dritten Welt ;**

2. **EU-weite Entwicklung einer umweltfreundlichen Landwirtschaft ;**

3. **Gleiches Einkommen für Landwirte wie für Erwerbstätige anderer Branchen;**

4. **Schutz bzw. Verbesserung der Lebensmittelqualität ;**

5. **Bewahrung der genetischen Vielfalt ;**

6. **Erhalt einer Infrastruktur im ländlichen Raum, die es möglichst vielen Menschen ermöglicht, dort zu bleiben.**

Vorschläge für eine Umsetzung dieser Reform

1. **Mindesteinstandspreise, die die Kosten für eine sozial und ökologisch verträgliche Produktion in der Europäischen Union wiedergeben sollen ;**

2. **Zahlung von kostendeckenden Preisen für Grundmengen von Agrarprodukten, um so kleinen und mittleren Landwirten ein Überleben zu ermöglichen ;**

3. **Abschaffung der Exportsubventionen ;**

4. **Aufnahme der Getreidesubstitute in die Getreidemarktordnung, um deren massive Importe zu verhindern ;**

5. **Allmählicher Umstieg von einer von der Agrochemie abhängigen Intensivbewirtschaftung auf eine nachhaltigere, regional angepaßte Landwirtschaft. Zu diesem Zweck Verbot aller anerkannt gesundheitsschädlichen Pestizide, Herbizide, Fungizide und Hormone, die heute noch in der Landwirtschaft gebräuchlich sind; zusätzlich Einführung einer Ökosteuer auf die restlichen chemischen Produkte, damit diese nach und nach außer Gebrauch kommen ;**

6. **Beihilfen für einen Umstieg auf ökologischen Landbau und die Verwendung von Agrarprodukten aus organischem Anbau in öffentlichen Einrichtungen (wie z.B. Krankenhäusern, Kantinen und Cafeterien für Schulen und Büros usw.). Informationskampagne über die negativen Auswirkungen übermäßigen Fleischkonsums ;**

7. **Verbot jeglicher tierquälerischer Viehhaltungsformen sowie der Massentierhaltung. Einführung eines 10-Jahres-Programms zur Umwandlung dieser Viehzuchtbetriebe in Anlehnung an das in der Schweiz für Legehennen eingeführte Programm ;**

8. **Einführung internationaler Fischereiquoten unter der Schirmherrschaft der UN-Food and Agriculture Organisation (FAO), um so regionalen Kleinfischern das Überleben zu ermöglichen ;**

9. **Strikte Anwendung der bestehenden Bestimmungen zu Tier- und Artenschutz insb. ein Verbot von nichtselektiven Jagdmethoden und der Jagd während der Fortpflanzungsperiode.**

V. ANPASSUNG DES VERKEHRS AN DIE UMWELT

Der Bereich Verkehr ist ein Schwerpunkt des ökologischen Umbaus. Verkehr verursacht große Schäden an Mensch und Umwelt. Zur Zeit sind in den Preisen die sozialen und ökologischen Kosten noch nicht enthalten. Die Belastung für die Gesellschaft wächst ständig. So wird bis zum Jahr 2010 mit einem Anstieg des Güterverkehrsaufkommens um 50 % gerechnet. Der Strukturwandel der Industrie in Richtung Montage an unterschiedlichen Standorten, die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes, die Öffnung der Länder Mittel- und Osteuropas und vor allem die Vollendung des Binnenmarktes tragen zu einer weiteren Verschärfung dieser Lage bei. Die Pläne der EU für den Bau von transnationalen Netzen, die sich in weiteren 12.000 km Autobahnen niederschlagen werden, werden diesen Trend noch verstärken.

Die Grünen fordern eine drastische Verlagerung des Verkehrs weg von Autobahn und Flugzeug und hin zu einem kombinierten Schiene-Wasser-Verkehr. Überflüssige Mobilität muß reduziert werden, um Umweltschäden zu begrenzen. Alle der Gesellschaft durch alle Arten von Verkehr entstehenden Sozial- und Umweltkosten müssen in die tatsächlichen Kosten aufgenommen werden, was natürlich insb. Mobilität und Güterverkehr verteuern würde. Auf diese Weise möchten die Grünen eine Drosselung des Straßenverkehrs um 50 % erreichen.

Die Grünen schlagen vor:

a) **Umstellung der Infrastrukturpolitik auf die Verkehrswege Schiene und Wasser. Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Faktoren, die derzeit noch den Straßen- und Luftverkehr begünstigenden ;**

b) **Entwicklung eines Netzes von Hochgeschwindigkeitszügen Hand in Hand mit einer Reduzierung des europäischen Luftverkehrs und des Pkw-Fernverkehrs. Dafür sollen möglichst vorhandene Trassen genutzt werden ; neue Trassen dürfen erst nach vorherigen Umweltverträglichkeitsprüfungen und Befragung der betroffenen Bevölkerung in Angriff genommen werden. Wohngebiete sollen mit reduzierter Geschwindigkeit durchfahren werden ;**

c) **Nachtstart- und -landeverbot auf Flughäfen in der Nähe von Wohngebieten. Ausdehnung der Mineralölsteuer auf den Luftverkehr sowie Erhebung einer Kerosinabgabe. Einführung eines Zuschlags auf Flüge unter 1000 km Entfernung;**

d) **Strenge Tempolimits auf Autobahnen, Landstraßen und innerstädtischen Straßen. Geschwindigkeitsbegrenzer in Lkws, Bussen und Pkws ;**

e) **Harmonisierung der Dienstvorschriften im Verkehrsbereich : Verabschiedung einer Richtlinie zur Arbeitszeit von Lkw-Fahrern und Flugpersonal, Schutz der Sozialstandards der Eisenbahner. Weltweite Verbesserung der sozialen Rechte der Seeleute, um so Seetransporten unter Billigflagge den Kampf anzusagen ;**

f) **Harmonisierung der Sicherheitsstandards zu Land, zu Wasser und in der Luft auf höchstem Niveau, vor allem für den Transport umweltschädlicher und gefährlicher Güter.**

VI. AUSSTIEG AUS DER ATOMENERGIE - im Osten wie im Westen

Die Nutzung der Atomenergie und -technologie gefährden die menschliche und natürliche Umwelt. Das betrifft auch die Fragen der technischen Ausstattung von Atomkraftwerken, der Wirtschaftlichkeit von Atomindustrie sowie geopolitische Zusammenhänge des Einsatzes sowohl von Atomenergie als auch Atomtechnologien.

Die einzige Möglichkeit, einen neuen Weg für die Gewinnung und den Einsatz von Energie und Technologie zu beschreiten, wäre der Stopp aller zivilen und militärischen Nutzungen im Nuklearbereich. Das müßte geschehen im Rahmen einer für Gesamteuropa geltenden Politik, die konsequent für einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie und -technologie eintritt.

Ein solcher Plan kann nur dann funktionieren, wenn er in eine umfassende neue europäische Energiepolitik eingebettet wird. Dieser Plan wäre der wichtigste Bestandteil der neuen Energiepolitik.

Alle Vorschläge, die die Gefahren der Atomenergie und -technologie beseitigen wollen, müssen daher auf zwei Ebenen ansetzen :

* **der allgemeinen Ebene der Energiepolitik ;**

* **der spezifischen Ebene der Atomindustrie.**

1. Schwerpunkte einer umweltverträglichen Energiepolitik in Europa

Bis zur nächsten Revision des Vertrages von Maastricht muß die EU eine umfassende sozial- und ökologisch verträgliche Energiepolitik für die Gemeinschaft erarbeitet und verabschiedet haben. Die Haupthindernisse für eine rationellere Energieverwendung und erneuerbarer Energiequellen und somit den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie

liegen eher im politisch-institutionellen als im technischen oder wirtschaftlichen Bereich. Die Union wäre daher am besten beraten, den folgenden Weg einzuschlagen:

a) ***Die Energiepreise und -kosten müssen die sozialen und ökologischen Kosten mitberücksichtigen***

In der Praxis würde dieses Prinzip die Subventionen für nichterneuerbare Energien beträchtlich kürzen und sie steuerlich stärker belasten. Auf diese Weise würden die Kosten, die diese Art von Nutzung verursacht, besser wiedergegeben; Kosten, die sonst der gesamten Gesellschaft für den Erhalt von Sicherheit, Gesundheit und Umwelt entstehen.

b) ***Andere Prioritäten für den Einsatz finanzieller Mittel in der Forschung und neue Strukturen in den Forschungsinstitutionen***

Eine Umkehr der derzeitigen Prioritäten in Hinblick auf den Einsatz von Fördermitteln in der Forschung ist unumgänglich, um eine neue Energiepolitik zu etablieren. Die durch die veränderten Prioritäten freiwerdenen Fördermittel, die ein beträchtliches finanzielles Volumen haben, müssen in den Dienst erneuerbarer Energien und einer besseren Energieeffizienz gestellt werden. In diesem Zusammenhang wird die EU auch neue europäische Institution einrichten müssen, wie z.B. eine Europäische Agentur für erneuerbare Energien.

c) ***Reform der Energiewirtschaft***

Neue Gesetze, vor allem im Bereich der Elektrizitätswirtschaft, müssen die Strukturen, Zielsetzungen und Arbeitsweise der Branche flexibler, dezentraler und kostengünstiger gestalten.

d) ***Stärkung der Entscheidungskompetenz- und mitwirkung der öffentlichen Hand sowie regionaler und kommunaler Träger***

Die Kommunalverbände sind sehr gut dazu geeignet, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Trägern entsprechende energiepolitische Maßnahmen im Bereich Verkehr, Wohnungswesen, Baulanderschließung, Abfallwirtschaft, öffentliche Auftragsvergabe oder Verbraucherschutznormen für bestimmte Investitionen zu fördern.

2. *Maßnahmen für die Energiewirtschaft*

& 1 Revision des Euratom-Vertrages

Der Vertrag ist wie folgt abzuändern :

* **Hauptaufgabe des Vertrages ist es, in Zukunft Richtschnur für den Ausstieg aus dem Atom zu sein ;**

* **Die Strahlenschutzvorschriften müssen auf höchstem Niveau festgelegt werden, um auf diese Weise den schwächsten Teilen der Bevölkerung (geborene und ungeborene Kinder) den notwendigen Schutz zu gewähren. Diese Vorschriften müssen regelmäßig entsprechend den strengsten wissenschaftlichen Empfehlungen überprüft werden ;**

* **Die Harmonisierung der Standards muß automatisch erfolgen. Das Genehmigungs- und Inspektionsverfahren ist Aufgabe der Union und fällt somit nicht in die Kompetenz einzelner Mitgliedstaaten ;**

* **Schaffung einer Europäischen Agentur für Nuklearinspektionen und -kontrollen, deren Inspekteure dem Europäischen Parlament unterstellt sind ;**

* **Damit das Demokratiedefizit innerhalb der Institutionen der EU reduziert wird, müssen Fragen bezüglich der Nutzung und des Einsatzes von Atomenergietechnologie im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens mit dem Europäischen Parlament behandelt werden.**

& 2 Zivilhaftung

Die Betreiber von Nuklearanlagen müssen die unbeschränkte und volle Haftung übernehmen, damit sämtliche Folgekosten, die durch einen Atomunfall in den Anlagen und beim Transport von Spaltmaterial oder atomar verseuchten Substanzen entstehen, gedeckt sind.

& 3 Entsorgung von Nuklearbrennstoffen

*** Der Stellungnahme des Europäischen Parlaments entsprechend sollen alle Programme und zivilen oder militärischen Aktivitäten im Rahmen der Wiederaufbereitung von abgebrannten Brennelementen sowie sämtliche Verfahren zur Herstellung von Brennelementen auf Plutoniumbasis (MOX) eingestellt werden.**

*** Abgebrannte Brennelemente und Atommüll sollen in den Anlagen aufbereitet werden, in denen sie hergestellt wurden; ihr Transport ist verboten, Ausnahmen müssen einer vorherigen Umweltverträglichkeitsprüfung in einem demokratischen Konsens unterworfen werden.**

& 4 Forschung und Entwicklung

*** Die in Europa für Forschung und Entwicklung auf dem Energiesektor bereitgestellten Mittel müssen die neuen Orientierungen der europäischen Energiepolitik zum Ausdruck bringen. Dazu gehört der Ausstieg aus der Atomenergie. Dies bedeutet :**

*** Streichung der Gelder für die Kernfusion ;**

*** Weitere Mittel werden lediglich bewilligt, insoweit es sich um Entsorgungsmaßnahmen bei der Kernspaltung, die Abfallbeseitigung, die Stillegung und den Abriß von Anlagen sowie generell alle im Zusammenhang mit dem Ausstiegsszenario erforderlichen Maßnahmen und die Einhaltung der diesbezüglichen Sicherheitsbestimmungen handelt ;**

*** Die Mittel, die durch diese Umstellung freiwerden, kommen allein Energiesparmaßnahmen und erneuerbaren Energien zugute. Dabei muß natürlich berücksichtigt werden, daß den Ländern des ehemaligen Ostblocks und der Dritten Welt Hilfe beim Know-How-Transfer geleistet wird.**

& 5 Nichtverbreitung von Atomwaffen

Es wäre zweifellos ein erheblicher Fortschritt für die Nichtweitervergabe von Atomwaffen in der Welt, wenn die EU sich zu einem Stopp der Wiederaufbereitung und der gesamten Plutoniumwirtschaft durchringen könnte. In diesem Bereich muß die Union aktiver werden und ihren Einfluß in den entsprechenden Gremien (IAEA) und bei den internationalen Verhandlungen (in erster Linie Atomwaffensperrvertrag) mit folgenden Forderungen geltend machen:

* **Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages über das Jahr 1995 hinaus;**

* **Streichung der Artikel IV und V des Atomwaffensperrvertrages über die Entwicklung der Atomenergie und die Erforschung von Atomtests zu zivilen Zwecken ;**

* **Anwendung der Klauseln zur Sicherheitskontrolle ausnahmslos auf alle Staaten;**

* **Unterzeichnung eines völligen Atomteststoppvertrages ;**

* **Reform der IAEA mit dem Ziel, sie in eine Organisation umzuwandeln, die sich voll und ganz der wirksamen und vollständigen Kontrolle von Spaltmaterial sowohl für zivile und wie auch für militärische Zwecke widmet und mit den nötigen Vollmachten und Befugnisse ausgestattet ist.**

Im Rahmen ihrer besonderen Beziehungen zu den osteuropäischen Reformstaaten sollte die EU vor allem dafür Sorge tragen, daß mit diesen Ländern kein Vertrag über die Wiederaufbereitung radioaktiven Materials und Abfalls aus ihren Atomanlagen im Westen abgeschlossen wird. Besonderer Wert sollte darauf gelegt werden, sichere Lagerungsmöglichkeiten zu fordern.

& 6 Ein neuer Rahmen für die Zusammenarbeit mit der GUS und den Ländern Mittel- und Osteuropas in der Energiepolitik

Ihrem eigenen Ausstiegsszenario entsprechend sollte die EU international eine führende Rolle übernehmen bei allen Fragen, die eine ökologisch und sozial verträgliche Sanierung der Energieversorgung der osteuropäischen Reformländer betreffen und die jeglichen Einsatz von Atomenergie ausschließen.

Zu diesem Zweck sollte sich die EU aktiv dafür einsetzen, daß sich diese Länder innerhalb von vier Jahren zu einem Ausstieg aus der Atomenergie bereiterklären. Vorrang muß haben - in dieser Reihenfolge - die rasche (innerhalb eines Jahres) Abschaltung der gefährlichsten Reaktoren (RBMK und WVER 440/230), gefolgt von den Reaktoren des Typs WVER 440/213 und 1000.

Dieser Ausstiegsplan stützt sich auf die aktive Förderung von Investitionen im Bereich rationelle Energienutzung, Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Koppelung, Sanierung der Gas- und Stromleitungen, Modernisierung der herkömmlichen Wärme-kraftwerke, Bau neuer Hochleistungskraftwerke auf der Grundlage von Erdgas und Kohlevergasung (IGCC-Turbinen) sowie erneuerbare Energien.

Für die Umsetzung des Planes sollte man vor allem auf die Fähigkeiten und Kapazitäten des einheimischen konstruktions- und ingenieurtechnischen Know-Hows zurückgreifen und finanzieller und technologischer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet den Vorzug geben vor dem Transfer von Know-how und dem Bau schlüsselfertiger Anlagen.

Damit dieser Plan das entsprechende institutionelle und finanzielle Fundament bekommt, sollte die EU folgende Schritte einleiten :

* **Neuverhandlung der Europäischen Energiecharta, damit diese deutliche Aussagen zu den Zielsetzungen im Bereich Umwelt, Energiesparmaßnahmen und erneuerbare Energien enthält ; insb. das Atomenergieprotokoll sollte im Lichte des angestrebten Ausstiegs aus der Atomenergie überdacht werden ;**

* **Umwidmung der EU-Budgets für die Atomenergie-Programme PHARE und TACIS entsprechend den neuen Prioritäten des Ausstiegsplans ; lediglich die Finanzierung von Maßnahmen zur Stillegung von Akws und der Schließung des Brennstoffkreislaufes aus Sicherheitsgründen wird beibehalten;**

* **Ausweitung der EU-Programme THERMIE und JOULE im Sinne des Ausstiegsplans ;**

* **Druck auf die entsprechenden internationalen Finanzorganisationen (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, EIB, Weltbank), die Kreditbedingungen für die osteuropäischen Länder so abzuändern, daß Investitionen in die Energieeffizienz in den Genuß von Fördermitteln kommen ;**

* **Bereitstellung eines Teils des Aufkommens aus der EU-Energie/Ökosteuer auf den CO_2-Ausstoß für die teilweise Finanzierung des Ausstiegsplans (evtl. mit einem Mindestbetrag von 10 Milliarden ECU) ;**

* **dringender Appell an die Mitglieder der G24, ihre eigenen Beiträge zum multilateralen Sicherheitsfonds zu erhöhen, sowie neue Ziele festzusetzen, um ihn mit dem Ausstiegsplan in Einklang zu bringen.**

VII. Einführung von umweltfreundlichen Standards für Produktion und Konsum

Die Europäische Umweltagentur muß einen europäischen Umweltplan erstellen, um umweltverträgliche Standards für Produktion und Konsum innerhalb einer Generation europaweit einzuführen. Die Emissionen der wichtigsten umweltschädigenden

Substanzen sollten innerhalb der nächsten 30 Jahre um 70 bis 90 % reduziert werden. Schnellgreifende Ziele müssen für die nächsten fünf Jahre gesetzt werden. Die zehn dringendsten Umweltprobleme sind in Angriff zu nehmen.

Die Klimaveränderung stoppen

Die Grünen sind nicht mit dem offiziell verkündeten Ziel der EU einverstanden, bis zum Jahr 2000 die Emissionen von Treibhausgasen zu stabilisieren. Wir kämpfen dafür, daß innerhalb der EU die wichtigsten Verursacher des Treibhauseffekts wie Kohlendioxid bis zum Jahr 2000 um 20 % reduziert werden. Danach soll bis 2010 eine weitere Reduzierung um 50 % auf der Grundlage der Werte von 1990 erfolgen. Nur wenn der reiche Teil der Erde seinen Anteil an den Emissionen verringert (die den Treibhauseffekt verursachen), ist eine weltweite Stabilisierung um das Jahr 2000 möglich. Durch eine Kombination aus einem europäischen Energiesparprogramm gepaart mit einer Energie/CO2-Steuer, die schrittweise bis auf 20 $ pro Barrel Erdöl im Jahre 2000 steigen soll, kann eine Reduzierung um 20 % erreicht werden.

Erhalt der Artenvielfalt

Jedes Jahr sterben in Europa Pflanzen- und Tierarten aus; unsere Natur verarmt dadurch. Zweitausend europäische Pflanzenarten sind in Gefahr. Um dem Verlust an biologischer Vielfalt Einhalt zu gebieten, müssen die natürlichen Lebensräume und das sensible Ökosystem geschützt werden. Schutzzonen sollten bis zum Jahr 2000 mindestens 30 % der Landfläche Europas ausmachen, davon sollten mind. 10 % unter strengen Schutz gestellt werden. Die Forstwirtschaft in Europa wird als Monokultur und unter starkem technologischen Einsatz betrieben. Generell sollte eine ökologisch nachhaltige Forstwirtschaft eingeführt und der noch bestehende europäische Urwald geschützt werden.

Giftmüll

Die natürliche Umwelt ist durch giftige Substanzen wie Pestizide, radioaktive Substanzen, Schwermetalle und chlorhaltige polyaromatische Kohlenwasserstoffe verunreinigt. Diese Substanzen sind Gift für Pflanzen, Tiere und Menschen. Es werden diverse Programme benötigt, um diesen Problemen beikommen zu können. Der Export von Giftmüll aus der EU muß verboten werden. Es bedarf daher insbesondere einer schnellgreifenden Strategie für die Konversion der Chlorchemie, um den Austritt von chlororganischen Substanzen in die Umwelt zu verhindern.

Abfallbeseitigung

Die EU muß damit beginnen, die Abfallwirtschaft nicht als einen Wirtschaftsfaktor sondern als ein Umweltproblem zu begreifen. Der grüne Ansatz ist 1.) Vermeidung 2.) Wiederverwendung 3.) Recycling. Eine Abfallsteuer innerhalb der EU wäre nur ein erster notwendiger Schritt.

Die Verschwendung von Bodenschätzen stoppen

Die Erde ist nur begrenzt nutzbar. Die verfügbaren Reserven an fossilen Brennstoffen und Rohstoffen sind ebenfalls begrenzt. Unser langfristiges Ziel ist es, ein Szenario ohne fossile Brennstoffe zu erreichen. Die Antwort lautet Energiesparen und der Einsatz erneuerbarer Energien wie Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse. Erdgas und Kohlevergasung werden dazu beitragen, den Umstieg auf ein "fossil"-freies Szenario zu vollziehen.

Verringerung, Wiederverwendung und Recycling von Wertstoffen heißt die Antwort auf die Tatsache, daß Rohstoffe nur begrenzt vorhanden sind ; Produzenten müssen für den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte verantwortlich sein. Quoten für die Nutzung einiger natürlicher Ressourcen könnten notwendig sein, um einige seltene Rohstoffe vor der totalen Ausplünderung zu schützen.

Die Ausdünnung der Ozonschicht stoppen

Die EU sollte eine schnelle Revision des Montrealer/Londoner/Kopenhagener Protokolls anregen, um ein weltweites Abkommen über den Stop der Produktion aller Chlorfluorkohlenwasserstoffen (FCKWs) ebenso wie die von Halogenen und anderen, die Ozonschicht schädigenden Substanzen so schnell wie möglich herbeizuführen. Die Union sollte mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie die Produktion aller, die Ozonschicht schädigender Substanzen stoppt und die bestehenden Vorräte sorgfältig zerstört.

Den sauren Regen stoppen

In einigen Teilen Europas, vor allem im Vereinigten Königreich, den Niederlanden, der Bundesrepublik, Polen und der Tschechischen Republik ist der jährliche Gifteintrag in die Atmosphäre 30 mal höher als die Menge von 200 natürlichen sauren Einheiten pro Jahr. In der EU müssen 80 Prozent des Bodens einen "kritischen Gifteintrag" von mehr als 400 natürlichen Gifteinheiten verkraften. Daher sind strenge grüne Steuern auf Schwefeldioxid und Nitrogenoxide notwendig. (Schweden hat bereits eine Schwefelsteuer eingeführt.)

Die Algenvermehrung stoppen

Die Ausbreitung von Algen ist bedingt durch den exzessiven Einsatz von Pflanzennährstoffen, Phosphaten und Nitraten. Hauptursache sind Dünger, Kunstdünger und verschiedene Arten von Müll. Abhilfe könnten biologischer Landbau und eine saubere Abfallwirtschaft schaffen.

Lärmbelästigung

Hauptursache für Lärmbelästigung ist der wachsende Straßen- und Flugverkehr. Daher ist eine europäische Steuer auf den Lärm von Flugzeugen, Lkws und anderen Fahrzeugen erforderlich.

Smog

Sommersmog wird hauptsächlich durch Emissionen verursacht, die der Mensch selbst vor allem durch den Autoverkehr und in geringerem Maße durch organische Lösungsmittel erzeugt. Eine 90 %ige Reduzierung der Emissionen flüchtiger organischer Stoffe und die Vermeidung von Emissionen organischer Lösungsmittel bis zum Jahr 2000 könnten den Sommersmog verhindern. Wintersmog wird durch ähnliche, vom Menschen selbst produzierte Emissionen verursacht, aber auch zu einem geringeren Teil durch bisher nicht ausreichend erforschte Emissionen von Staubpartikeln, die aber in erster Linie aus industriellen Produktionsprozessen, Atomkraftwerken, Raumheizungen und von Pkws stammen. Besondere Programme zur Vermeidung dieser schädlichen Staubpartikel sind vonnöten.

Lösungsmöglichkeiten für diese Umweltprobleme :

- **die Preise müssen die ökologische Wahrheit widerspiegeln, sie müssen daher alle sozialen und umweltbedingten Kosten miteinbeziehen. Ein Weg ist die Einführung von Ökosteuern auf nichterneuerbare Energien, Rohstoffverschwendung und umweltschädigende Aktivitäten ;**

- **von daher Förderung (in Form von Subventionen oder steuerlichen Anreizen) der Herstellung wiederverwendbarer, reparierbarer und recyclebarer Produkte ;**

- **Produzenten müssen für den gesamten Lebensweg jedes ihrer Produkte verantwortlich werden ;**

- **eine andere Möglichkeit sind sog. Ökolabels für ökologisch produzierte Produkte, die unter der Beteiligung von Umweltverbänden bewertet und (aus)gezeichnet werden ;**

- **alle privaten und öffentlichen Unternehmen sollten sich einmal im Jahr einer ökologischen Überprüfung, einem Öko-Audit unterziehen ;**

- **Umweltverträglichkeitsprüfungen unter Beteiligung von Bürgern und Umweltorganisationen müßten obligatorisch werden (mit sog. "Null-Option") ;**

- **Europäisches Recht müßte allen Bürgern freien Zugang zu Umweltinformationen aus privaten und öffentlichen Einrichtungen gewährleisten.**

VIII. NORD/SÜD: Zusammenarbeit bei der Öko-Entwicklung in Ländern der Dritten Welt

Im Maastrichter Vertrag, der am 1. November 1993 in Kraft trat, sind zum erstenmal die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit als Ziel der Gemeinschaftspolitik und die Absicht enthalten, die Politiken der einzelnen Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet zu harmonisieren.

Zur Zeit muß festgestellt werden, daß die EU-Hilfe an Länder der Dritten Welt keiner wirklichen demokratischen Kontrolle unterliegt (woran sich auch nach Maastricht nichts geändert hat) und im Haushalt nur eine marginale Rolle spielt:

* **Der Etat für den Europäischen Entwicklungsfonds, aus dem das Lomé-Abkommen, Kern der EU-Entwicklungspolitik, finanziert wird, befindet sich nachwievor in den Händen der Mitgliedstaaten. Das Europaparlament kann nur bei Abschluß des Lomé-Abkommens dem fertig ausgehandelten Vertrag seine Zustimmung geben oder verweigern.**

* **In den übrigen Bereichen der EU-Entwicklungspolitik sind Rat und Kommission in ihren Entscheidungen mehr oder weniger autonom, abgesehen von der jährlichen Mitbestimmung des Europaparlaments beim EU-Haushalt.**

* **Die EU-Hilfe macht nur 12 Prozent aller entsprechenden Aufwendungen der Mitgliedstaaten und 3,5 Prozent der weltweiten Entwicklungshilfe aus. Dieser Anteil blieb während der letzten 10 Jahre konstant. Außerdem wird mehr als 20 Prozent dieser "Hilfe" als Nahrungsmittelhilfe gewährt, die in Wahrheit dazu dient, die Agrarüberschüsse der Union loszuwerden.**

Wenn die EU einen wirklichen Kurswechsel in Richtung umweltverträgliche Entwicklung will - wie sie die Grünen Parteien anstreben - muß sie in allen Bereichen, besonders aber bei den Nord-Süd-Beziehungen den Weg der Zusammenarbeit gehen. Die EU sollte sich für faire und stabile Rohstoffpreise einsetzen, dies ist ein besonderes Anliegen vieler Staaten der südlichen Hemisphäre.

Wenn man davon ausgeht, daß "Entwicklungshilfe" nur dann zur Beseitigung des Ungleichgewichts zwischen Nord und Süd beitragen kann, wenn sie von einer allgemeinen Neugestaltung der internationalen Beziehungen begleitet ist und angesichts des Grundsatzes, daß "weniger nehmen besser ist als mehr geben", schlagen die Grünen folgende zehn Maßnahmen vor :

1. **Harmonisierung der einzelstaatlichen Maßnahmen im Bereich Entwicklungspolitik, um die Beziehungen, die noch aus der Kolonialzeit stammen, zu verändern und die Entwicklungshilfe auf die Bekämpfung von Armut und "Hilfe zur Selbsthilfe" zu konzentrieren ;**

2. **Auf ein Abkommen der Union hinwirken, wonach sich jeder Mitgliedstaat verpflichtet, bis zum Jahr 2000 ein Prozent seines Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe bereitzustellen ;**

3. **Sicherstellen, daß 50 Prozent der Projekte in Entwicklungsländern Frauen zugute kommen (d.h. diese Projekte müssen vornehmlich der Sicherung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung dienen unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf Kinder) ;**

4. **Geographische und soziale Umverteilung der Entwicklungshilfe, um eine Versorgung der ärmsten Bevölkerungsteile sicherzustellen (dazu gehört auch eine Umgestaltung des Allgemeinen Präferenzsystems, um besser entwickelten Drittweltländern den Zugang zum Binnenmarkt zu erleichtern) ;**

5. **Einstellung aller strukturellen Nahrungsmittelhilfen; Beschränkung auf Soforthilfe/Nothilfe (vornehmlich auf der Grundlage von Dreiecksgeschäften (d.h. die EU kauft Überschüsse in einem Entwicklungsland auf, um sie an ein anderes mit Nahrungsmittelknappheit zu liefern) ;**

6. **Anwendung europäischer Rechtsvorschriften, wonach es einem Geberland untersagt ist, das Empfängerland zum Bezug von Waren und Leistungen aus dem Geberland zu verpflichten ;**

7. **Integration des Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) für Lomé in den EU-Haushalt und Kontrolle durch das Europaparlament ;**

8. **Reform des EU-Stabex-Systems nach folgenden Kriterien :**

   - **Vorrang für die ärmsten Länder ;**
   - **direkte Zuweisung von Hilfszahlungen ;**
   - **Diversifikation der Produktion und die Förderung sozialer Strukturen.**

9. **Institutionelle Verankerung der EU-Unterstützung für Initiativen, die alternative Handelsbeziehungen fördern ;**

10. **Aufbau einer wirksamen Kontrolle der Einhaltung der genannten Kriterien durch den Europäischen Rechnungshof für alle Abkommen zwischen EU und Entwicklungsländern.**

Umgestaltung der internationalen Beziehungen

Verschiedene Probleme, die die unmittelbaren Zukunftsaussichten des Südens - zum Teil entscheidend - beeinträchtigen und die für eine ökologisch verträgliche Wirtschaftsentwicklung des Südens hinderlich sind, müssen von der EU aktiv angegangen werden. Dies kann entweder durch eigene politische Maßnahmen (insb. im Bereich der Handelspolitik) oder im Rahmen internationaler Organisationen (UNO, GATT, Weltbank, IWF) geschehen, in denen die EU eine wichtige politische Rolle spielt.

1. Schuldenstreichung

Die Schulden der Staaten des afrikanischen, karibischen und Pazifischen Raumes (AKP-Staaten) müssen gestrichen werden, wobei folgendermaßen vorzugehen ist:

* **Rahmenverhandlungen auf der Grundlage der gemeinsamen Verantwortung des Nordens ;**

* **Einfrieren des Auslandsvermögens von politischen Amtsträgern, die sich ungesetzlich auf Kosten der armen Länder bereichert haben ;**

* **Untersuchungen von Finanzreserven, die in den Banken des Nordens für unbezahlte Schulden angelegt werden ;**

* **sofortige und bedingungslose Schuldenstreichung für die ärmsten Länder.**

2. Bekämpfung der Armut und Unterstützung bei der Einhaltung von Menschenrechten

* **Es kann nur dann von einer wirklichen Einhaltung der Menschenrechte die Rede sein, wenn die Grundbedürfnisse der Menschen wie das Recht auf Nahrung, Wohnung, Bildung und medizinische Versorgung erfüllt sind;**

* **Die Bekämpfung des Analphabetentums und Bildungsprogramme sind wirksame Mittel, um das Interesse der Bevölkerung an einer demokratischen Gesellschaftsordnung zu wecken ;**

* **Eine demokratische Staatsordnung sollte die einzige Bedingung für die Gewährung von Entwicklungshilfe sein. Diese Bedingung tritt an die Stelle von wirtschaftlichen Kriterien (wie z.B. die von den internationalen Finanzorganisationen geforderten Strukturanpassungen), die zu Lasten der nötigen gesellschaftlichen Ausgaben gehen, die diese Länder für den Aufbau von Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte aufwenden müßten.**

3. Verzicht auf autoritäre Maßnahmen bei der Geburtenkontrolle

Da das Recht auf Sexualität und Fortpflanzung als ein unveräußerliches Menschenrecht anerkannt ist, muß die EU von jedem Versuch absehen, die Bereitstellung von Entwicklungshilfe an die Verfolgung einer Politik der Geburtenkontrolle zu binden.

Sie sollte stattdessen auf folgende Ziele hinwirken :

* **Garantie eines allgemeinen, kostenlosen und nichtdiskriminierenden Zugangs zu Sexualaufklärung, medizinischer Versorgung und einer Auswahl an gesundheitlich unbedenklichen, wirksamen Mitteln zur Empfängnisverhütung sowie den entsprechenden ärztlichen Diensten ;**

* **Beseitigung aller Vorschriften, Regeln und Verfahren, die eine Sexualaufklärung und die freie Wahl der Art der Empfängnisverhütung behindern.**

4. Wahrung der Würde der einheimischen Bevölkerung

Kein Projekt, das eine indigene Bevölkerung einbezieht oder auf ihrem Territorium stattfindet, darf ohne die Anerkennung ihrer Rechte, ihre vorherige Konsultation und gemeinsame Leitung durchgeführt werden. Die EU muß die indigene Bevölkerung als Partner anerkennen, und zwar insbesondere durch :

* **Umsetzung des Ratsbeschlusses vom Dezember 1992 zur Förderung der Rechte ethnischer Minderheiten ;**

* **Aufnahme einer Klausel über die Rechte der indigenen Völker in internationale Verträge und Abkommen.**

IX. Bekämpfung der SOZIALEN AUSGRENZUNG

Gegenwärtig sind in der EU viele Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Soziale Ausgrenzung nimmt besonders infolge verbreiteter Langzeitarbeitslosigkeit gefährlich zu. Zur Zeit sind mehr als 18 Millionen Menschen in der EU arbeitslos. In einigen Monaten wird diese Zahl um weitere 3 Millionen gestiegen sein. In der EU leben nicht weniger als fünfzig Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Die Kluft zwischen den wohlhabenden und den armen, peripheren Regionen vertieft sich ständig.

Kaum jemand erinnert sich noch daran, daß im Cecchini-Bericht (1988) fünf Millionen zusätzliche Arbeitsplätze als Ergebnis des Binnenmarktprojekts prognostiziert worden waren. Und nun setzt das Delors-Weißbuch seine ganze Hoffnung auf traditionelles Wirtschaftswachstum und mehr Wettbewerb auf den Weltmärkten.

Für die Grünen hat das Ziel "Arbeit für alle" absoluten Vorrang. Es muß die gesamte Sozial- und Wirtschaftspolitik durchziehen. Im Rahmen der Vorschläge für eine umweltverträgliche Entwicklung unterstützen wir neue Aktivitäten, die Bedürfnisse decken sollen, die bisher noch nicht in ausreichendem Maße befriedigt oder nicht finanziert wurden sowie eine bessere Umverteilung von Arbeit.

Bis jetzt sind der Sozialpolitik der EU enge Grenzen gesetzt, was teilweise mit den unterschiedlichen Systemen und Traditionen in den Mitgliedstaaten zusammenhängt. Zum größeren Teil ist dies jedoch auf eine Mischung aus fehlendem politischen Willen, der schwachen Position des Europaparlaments und die erforderliche Einstimmigkeit bei manchen Ratsbeschlüssen zurückzuführen, die dessen Handlungsfähigkeit durch eine einzige Gegenstimme lahmlegen kann.

Die Grünen drängen auf ein energisches Konzept zur Erneuerung des europäischen Sozialstaates und zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung. Die Grünen wenden sich gegen ungehemmtes Wirtschaftswachstum, weil dies zu Lasten der Umwelt geht und das Problem von Arbeitslosigkeit nicht beseitigt hat. Wir wollen das Wirtschaftswachstum nicht aufhalten, ihm aber eine neue Richtung und neue Inhalte geben. Neue Formen der Entwicklung sind nötig, eine "nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung" oder einfach Öko-Entwicklung, wie wir sie gern nennen.

In den Branchen, die die größten Umweltverschmutzer sind, würde der grüne Umbau der Wirtschaft in der Tat zu einem Wegfall von Arbeitsplätzen führen. Er wird jedoch auch neue Arbeitsplätze schaffen, insbesondere in der Umweltindustrie. Meistens wird es aber zu einer Veränderung der Beschäftigungsstruktur kommen, z.B. wenn Atomenergie durch erneuerbare Energien oder industrieller durch biologischen Landbau ersetzt wird.

Die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze kann gefördert werden, indem man die Arbeit durch Senkung der Lohn- und Einkommensteuer billiger macht und stattdessen Kapital, Energie und knappe Rohstoffe stärker besteuert. Darüber hinaus ist eine Umverteilung der Erwerbstätigkeit notwendig, was zu einer gerechteren Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen beiträgt.

Bei der notwendigen Erneuerung des Sozialversicherungssystems müssen für jeden einzelnen individuelle Rechte unabhängig von Beziehungen zu anderen eingeführt werden. Wir lehnen aktuelle Versuche ab, den Sozialstaat zugunsten des "Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit" abzubauen. Um es ganz deutlich zu sagen: Ein gutes System der sozialen Sicherheit ist teuer, aber es lohnt sich, dafür Steuern und Abgaben zu zahlen.

Vorschläge der Grünen:

a. **Schaffung neuer, "ökologischer" Arbeitsplätze in Bereichen wie z.B. erneuerbare Energien, Recycling, öffentliche Verkehrsmittel, Boden- und Gewässersanierung; Kurswechsel in der Agrarpolitik, um die landwirtschaftliche Produktion und Erwerbstätigkeit im ländlichen Raum zu erhalten.**

b. **Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit in unterschiedlicher Form: Vier-Tage-Woche bei 35-Wochenstunden, Förderung von Teilzeitarbeit. Bei einer freiwilligen Entscheidung für Teilzeitarbeit darf es keine Beschränkungen geben, gleiche Rechte auch für Teilzeitarbeiter. Die EU sollte die Entwicklung hin zu einer Gesellschaft fördern, in der die verfügbare Arbeit gleichmäßig verteilt wird.**

c. **Einführung einer Industriepolitik, die auf eine Förderung und Verbreitung umweltfreundlicher Produktionsarten, Technologien und Produkte abzielt. Schrittweiser Ausstieg aus Industriezweigen, deren Betrieb mit ökologischer Entwicklung unvereinbar ist (Atomkraftwerke, Chlorchemie, Rüstungsindustrie) und Umwandlung anderer Zweige wie z.B. der Automobilindustrie, der Verpackungs- und der chemischen Industrie.**

d. **Ausweitung so wichtiger öffentlicher Dienste wie Bildung, Gesundheitswesen, Kindertagesstätten usw. Die EU muß Rahmenbedingungen schaffen, die eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen auf kommunaler und regionaler Ebene, auch in Randgebieten, sicherstellen.**

e. **Unterstützung und Entwicklung von lokalen Initiativen, um Genossenschaften und Unternehmen in den Vorstädten oder in ländlichen Regionen aufzubauen.**

f. **Einführung von Mindestlöhnen in allen Mitgliedstaaten und einer Mindestversorgung für Erwerbslose, die an den Durchschnittslohn im jeweiligen Mitgliedstaat gekoppelt ist und eine Existenz oberhalb der Armutsgrenze ermöglicht.**

g. **Gleichstellung von Männern und Frauen beim Zugang zum Arbeitsmarkt, den Löhnen und der Sozialversicherung.**

h. **Revision der relevanten Artikel zur Wirtschafts- und Währungsunion ; die neuen Artikel sollen Vollbeschäftigung und eine faire Einkommensverteilung als Anforderungen für die neue Stufe nach 1996 vorsehen.**

i. **Festlegung von Mindeststandards für die soziale Absicherung, die vom Rat mit qualifizierter Mehrheit anstatt einstimmig sowie unter gleichberechtigter Mitentscheidung des Europaparlaments verabschiedet werden sollen.**

j. **Maßnahmen auf internationaler Ebene (EU, UNO, GATT) zur Verhinderung von Sozial- und Umweltdumping. Aufnahme der Sozialklausel der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in alle Handelsabkommen. Die EU als solche muß die ILO-Konvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und die Sozialcharta des Europarates (z.Zt. in Überarbeitung) ratifizieren.**

k. **Das neue System für die Gewährung von Darlehen aus Geldern des Europäischen Investitionsfonds und der Europäischen Investitionsbank muß auf eine bevorzugte Finanzierung von regionalen Öko-Entwicklungsprojekten, die Konversion von Industrien, der Förderung des nichtkommerziellen Sektors und des Umweltschutzes hin ausgerichtet werden. Die EU muß das Recht auf Wohnung durch eine Politik bevorzugter Darlehen zur Renovierung von Wohnraum und zum sozialen Wohnungsbau unterstützen.**

l. **Einführung von europäischen Betriebsräten in multinationalen Gesellschaften nicht nur wegen eines besseren Informationsflusses, sondern auch, um eine wirkliche Beteiligung der Arbeitnehmer auf europäischer Ebene zu ermöglichen.**

X. EINE GEMEINSAME WÄHRUNG IM DIENSTE EUROPAS - NICHT UMGEKEHRT

Die Einführung einer gemeinsamen Währung, die der Vertrag von Maastricht vorsieht, ist ein Ausdruck der Einheit Europas. Jedoch scheint der forcierte Marsch in Richtung auf eine gemeinsame europäische Währung Europa eher zu spalten. Geradezu zwingend ergibt sich daraus die Annahme, daß Preisstabilität in der angestrebten Währungsunion absoluten Vorrang hat. Der Versuch, eine einheitliche Währung zu schaffen, noch bevor die EU eine solide soziale Dimension gefunden hat, ist unverantwortlich.

Das vernünftige Ziel, die Inflation unter Kontrolle zu halten, sollte vielmehr zusammen mit anderen sozialen und ökonomischen Zielen wie z.B. Beschäftigung, soziale Sicherheit, internationale Solidarität und ökologische Sanierung angestrebt werden.

Europa sollte eher einer Konvergenz auf der Grundlage wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Kriterien unter den einzelnen Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten den Vorzug geben, anstatt alle seine Anstrengungen auf eine gemeinsame Währung und auf die Gründung eines neuen Währungsinstitutes zu konzentrieren. Indikatoren wie das Pro-Kopf-Einkommen, der Grad der sozialen Ausgrenzung und der Umfang der Umweltschäden sollten hierbei die tragenden Elemente von Konvergenz sein.

Eine einheitliche Währung macht zudem erhöhte finanzielle Transfers in ärmere, schwächere Regionen notwendig; Transfers, die die reichen Regionen bisher nicht bereit sind zu zahlen.

Das katastrophale Experiment der überstürzt eingeführten innerdeutschen Währungsunion im Zuge der Wiedervereinigung bestärkt die Grünen in ihrer Zurückhaltung in Bezug auf eine europäische Währungsunion, die vorschnell eingeführt würde.

Die Mitgliedstaaten der EU befinden sich in einem internationalen Wettbewerb - vor allem innerhalb des GATT - um den Abbau von Zollabgaben und Handelsschranken. Sowohl das Kapital und insb. das Finanzkapital wie auch die im Welthandel engagierten Unternehmen vermeiden z.Zt. erfolgreich, einen gerechten Teil der Steuerlasten zu übernehmen, was auf Kosten der Arbeit, der lokalen Produktion und des Konsums geht. Nur EU-Standards für nationale Steuern können zu einer ausgeglichenen Verteilung der Steuerlasten führen.

Vorschläge der Grünen:

1. **Priorität für neue Konvergenzkriterien wie Bruttosozialprodukt pro Kopf, Anteil der sozial Ausgegrenzten und Ausmaß der Umweltverschmutzung.**

2. **Anstelle von generellen Sparmaßnahmen müssen Wirtschaftsprogramme entwickelt werden, die auf die verschiedenen Mitgliedstaaten und Regionen zugeschnitten sind und den schwächsten Ländern helfen, ihre Strukturschwächen zu überwinden. Wirtschaftspolitik muß wirklich flexibel sein und notwendige Anpassungen an die nationalen und regionalen Eigenarten erlauben. Denjenigen Ländern, die dies wünschen, müssen Mittel und Wege angeboten werden, um zu unterschiedlichen Terminen an dieser Wirtschaftspolitik teilnehmen zu können. Verringerung des Haushaltshaltsdefizits und strikte Preisstabilität sind nicht unsere höchsten Prioritäten. Die wichtigste Aufgabe von Währungs-politik ist nicht, eine Null-Inflation anzustreben, sondern die Inflation unter Kontrolle zu halten.**

3. **Ausarbeitung von Regelungen für die Finanzmärkte zwecks Eindämmung von Devisenspekulationen, verursacht durch den freien Kapitalverkehr. Zweck dieser Regelungen ist es, übergroße Schwankungen der Wechselkurse, die in keinem Verhältnis zu der tatsächlichen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft stehen, zu verhindern.**

4. **Harmonisierung der Steuerpolitik innerhalb der Union und nicht nur gegenseitige Anerkennung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften insb. auf dem Gebiet der Körperschaftsteuer u.a., um zu verhindern, daß Unternehmen aus steuerlichen Gründen abwandern.**

5. **Prüfung der regional- und strukturpolitischen Programme mit dem Ziel, eine gemeinsame Haushaltspolitik zu entwickeln, die die Anforderungen für eine wirkliche Konvergenz erfüllt und eine ökologische Neuorientierung der Wirtschaft fördert.**

6. **Eine gemeinsame Haushaltspolitik hat nicht nur die Ausgaben-, sondern auch die Einnahmenseite zu berücksichtigen. Es müssen steuerliche Ausgleichsmechanismen erwogen werden, um übermäßige Ungleichgewichte unter den ein-zelnen Regionen zu reduzieren, wozu auch der Vorschlag der Grünen für eine Energie- und CO_2-Steuer gehört. Ein gemeinsamer Haushalt sollte auch dazu dienen, in sensiblen Regionen Währungsturbulenzen aufzufangen, wodurch die regionalen Unterschiede nur noch vertieft würden anstatt den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in der Union zu fördern.**

7. **Die Möglichkeit einer regelmäßigen Anpassung der Wechselkurse muß beibehalten werden, während ansonsten das System der festen Wechselkurse des Europäischen Währungssystems gelten soll. Ziel ist eine gewisse Flexibilität, die für strukturelle Anpassungen notwendig ist, ohne sich indes unkontrollierten Schwankungen auszusetzen, die bei einem System völlig freier Wechselkurse auftreten können. Dabei können eine gemeinsame Währung und eine Europäische Zentralbank herauskommen, doch nicht in einem Parforceritt, dem die meisten Mitgliedstaaten nicht folgen können.**

8. **Maßnahmen gegen eine Umgehung von Steuerzahlungen und Geldwäsche ebenso wie für eine Revision des Bankgeheimnisses müssen eingeführt werden.**

XI. DIE EUROPÄISCHE STAATSBÜRGERSCHAFT: Öffnung nach außen

Der Maastrichter Vertrag führt zwar den Begriff der "Unionsbürgerschaft" ein; die sich daraus ergebenden Gesetzesinitiativen der Mitgliedstaaten bleiben aber im wesentlichen auf Fragen des Wahlrechts beschränkt. Den Grünen liegen jedoch ebenfalls Bereiche wie Freizügigkeit, Zuwanderung und Asylrecht stark am Herzen.

Wieder einmal führen die Art und Weise, wie diese Probleme bewältigt werden sollen, wie auch die gewählten Formulierungen in die Irre ; die geplante "Abschaffung der Grenzen", die die Freizügigkeit von Personen einführen soll, ist in Wahrheit nur eine Lockerung der Grenzkontrollen, die nur für die Bürger der 12 Mitgliedstaaten gilt. Es ist dagegen keine Initiative der Union in Sicht, mit der die Freizügigkeit auch auf die ca. 9 Millionen Staatsbürger aus Drittländern, die legal innerhalb der Union leben, ausgedehnt würde.

Bei der Bekämpfung des Drogenhandels und der Kriminalität weisen alle geplanten Maßnahmen wie z.B. Zusammenarbeit der Polizei und der Zollbehörden oder der Justiz und Strafverfolgungsbehörden zwei gemeinsame Merkmale auf: Sie gehen ausschließlich von einem repressiven Ansatz aus und werden von zwischenstaatlichen Behörden und unter äußerster Geheimhaltung geführt, meist von Beamten, die bei ihren Entscheidungen in keiner Weise rechenschaftspflichtig sind und schon gar nicht dem Europaparlament gegenüber.

Die europäische Staatsbürgerschaft muß sich an folgenden Grundsätzen orientieren :

1. **Die Unionsbürgerschaft ist kein Begriff, der ein für allemal feststeht. Zwar werden die Bürger eines Mitgliedstaates automatisch Unionsbürger, aber auch Staatsbürger aus Drittstaaten, die sich seit drei bis fünf Jahren legal in der Union aufhalten, müssen zusammen mit der Unionsbürgerschaft unkompliziert Zugang**

zur Staatsbürgerschaft des Landes, in dem sie leben, bekommen können, während sie weiterhin die Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes behalten dürfen (doppelte Staatsbürgerschaft).

2. **Personen aus Drittstaaten, die sich legal in der Union aufhalten und nicht oder noch nicht die europäische Staatsbürgerschaft besitzen, müssen eine European Residents Card bekommen, die ihnen ihre Grundrechte einschließl. des Rechts auf Freizügigkeit (Artikel 8a des EG-Vertrages) garantiert.**

3. **EU-Ausländern müssen auch bestimmte andere Rechte eingeräumt werden, insb. das Recht auf Familienzusammenführung, Zugang zum Arbeitsmarkt, Berufsausbildung, administrative Selbständigkeit für Frauen, politische Rechte sowie aktives und passives Wahlrecht bei Kommunalwahlen. Zu diesem Zweck ist von der Union eine Rahmenrichtlinie über den Status von EU-Bewohnern aus Drittstaaten zu erarbeiten und zu verabschieden.**

Asylrecht und Flüchtlingsstatus

Das Asylrecht muß als Grundrecht des Individuums anerkannt und von allen EU-Mitgliedstaaten eingehalten werden. Zu detaillierte Vorschriften, die nur die Aufgabe haben, einen Asylantrag zu verhindern, müssen aufgehoben werden. Jeder AsylbewerberIn hat einen Anspruch darauf, daß sein oder ihr Antrag sorgfältig geprüft wird und in einer menschlich korrekten Art und Weise behandelt wird, solange über den "Fall" noch nicht entschieden wurde. Menschen, die vor Kriegen oder Bürgerkriegen sowie vor Rassismus, kollektiven sexuellen Gewalttaten und anderen Arten von Verfolgung wie auch vor Natur- und Umweltkatastrophen fliehen, sollten Zugang zum Flüchtlingsstatus sowie die notwendige Unterstützung bekommen und Schutz im Rahmen der europäischen Solidarität genießen.

Zuwanderung

Die Union darf keine Festung Europa werden. Nach dem Fall der Berliner Mauer muß der Bau neuer Mauern durch polizeiliche Kontrollen und Überwachung verhindert werden. Die Grünen sind mit der paranoiden Philosophie von Verträgen wie dem Schengener Abkommen nicht einverstanden und drängen vielmehr die EU, sich für eine wirklich humane Zuwanderungspolitik einzusetzen.

Die Menschenrechte in der Europäischen Union

Die individuellen Rechte des Menschen werden nicht überall in Europa eingehalten. Diskriminierung wird eine alltägliche Realität. Aus diesem Grund fordern die Grünen die EU auf, Nichtdiskriminierung besonders denjenigen Menschen zu garantieren, die aufgrund ihrer Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Sexualität, philosophischen oder religiösen Überzeugung, Behinderung oder Krankheit, ihres Status' als Häftling, Kriegsdienstverweigerer oder Asylbewerber usw. mehr als andere von Diskriminierung betroffen oder sogar durch physische Gewalt bedroht sind.

Drogenbekämpfung

Der Kampf gegen Drogen hat sich als Fehlschlag erwiesen. Kurzfristig sollte eine Politik der Schadensbegrenzung verfolgt werden, um die Sekundärrisiken von Drogen einzugrenzen : Süchtige sollten sozial versorgt werden, gebrauchte Spritzen ausgetauscht und Drogenersatzprodukte bereitgestellt werden. Ebenso muß versucht werden, über ein Drogenverbot hinausgehende Schritte einzuleiten und z.B. eine Überarbeitung der UN-Drogenkonvention anzustreben und so zunächst das organisierte Verbrechen zu bekämpfen, das vom Drogenhandel und dem Versagen der bisherigen Drogenpolitik profitiert.

Rassismus und Rechtsextremismus

Das Aufkommen von Rassismus und Rechtsextremismus stellt eine echte Bedrohung für die Menschen und die Demokratie in Europa dar. Kriminelle rassistische Aktionen und Gewalttaten bleiben zu häufig ungesühnt, ihre Opfer werden vergessen. Priorität der Behörden muß die Vermeidung von und der Kampf gegen jegliche Form von Intoleranz sein, sie müssen potentiellen oder tatsächlichen Opfern rassistischer Gewalttaten den erforderlichen Schutz bieten. Das beste Gegenmittel gegen Rassismus sind Integration und die Beseitigung von Vorurteilen Minderheiten gegenüber. Die Grünen sind für eine offene, multikulturelle und pluriethnische Gesellschaft.

Europäische Zusammenarbeit bei Justiz und Innenpolitik

Im Bereich Justiz und Innenpolitik sollte eine gemeinsame europäische Politik erarbeitet werden unter Beteiligung und mit Zustimmung der nationalen Parlamente und des Europaparlamentes; sie sollte einer angemessenen demokratischen Kontrolle unterworfen werden. So höchst sensible Angelegenheiten wie die individuellen Rechte des Menschen können nicht bloß durch interministerielle Vereinbarungen (wie z.B. die Adhoc-Gruppe Zuwanderung) oder internationale Abkommen (wie Schengen, Dublin und die Interpol-Verträge) geregelt werden.

Kulturelle Identität

Kennzeichen der europäischen kulturellen Identität ist die Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Kulturen : Vielfalt, Komplexität und permanente Veränderung sind die Schlüsselworte. Aufgabe der Europäischen Union sollte es sein, den Kulturaustausch zu fördern und die kulturelle Vielfalt zu schützen und zu entwickeln unter besonderer Beachtung der Sprache von Minderheiten. Der Vorschlag der Grünen, die kulturelle Entwicklung in die Ziele des Regionalfonds miteinzubeziehen, wurde vom Europaparlament angenommen, aber noch nicht von Rat und Kommission.

Medien

In einem Prozeß der wachsender Konzentration und Kommerzialisierung verliert die europäische Medienlandschaft an Vielfalt und Qualität. Wer Vielfalt garantieren will, muß Europas audiovisuelle Produktion fördern.

XII. Gleichstellung der Geschlechter

Es ist für den erforderlichen Wandel der Gesellschaft ganz entscheidend, daß Frauen in der Sozial- und Rentenversicherung das Recht auf Selbstbestimmung einschl. ihres eigenen individuellen Status bekommen. Bei allen Unterschieden ist den Mitgliedstaaten die ungleiche Stellung der Geschlechter gemein. Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes muß auf allen Ebenen des sozialen und kulturellen Lebens bekämpft werden.

Die Gleichstellungsstelle der Kommission versperrt oft regionalen Projekten den Zugang zu Fördermitteln mit der ideologischen Begründung, es gäbe freien Wettbewerb bei der Vergabe von Projektzuschüssen. Die Grünen lehnen diese Position ab. In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Frauennetzwerk und der Europäischen Frauenlobby wollen die Grünen eine Politik gegen die Diskriminierung von Frauen auf allen Gebieten verfolgen. Im Detail heißt das :

1. **Gleichstellung von Mann und Frau und volle, demokratische Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft ;**

2. **Bis eine Gleichstellung der Geschlechter erreicht ist, müssen konkrete Maßnahmen wie z.B. Quoten eingeführt werden, damit Frauen im öffentlichen Bereich und in der Privatwirtschaft bevorzugt berücksichtigt werden ; Frauen müssen bei gleicher Arbeit genauso wie die Männer bezahlt werden. Frauen muß der Zugang zu höheren Positionen im Erwerbsleben garantiert werden ;**

3. **Die Integration von Frauen in die Erwerbstätigkeit wird zu einer der vordringlichen Aufgaben der Strukturfonds ;**

4. **Individuelle Aufenthaltserlaubnis für weibliche Zuwanderer unabhängig von Familie oder Familienstand ;**

5. **Aufnahme von Klauseln über die Rechte der Frau in Assoziierungs- und Kooperationsabkommen, die eine Hinnahme von Druck aus außereuropäischen Kulturkreisen in Form von traditionellen Gebräuchen oder religiösen Vorschriften für weibliche Zuwanderer in Europa ausschließen.**

XIII. Demokratisierung der Europäischen Institutionen

Die Grünen sind für die europäische Integration. Die Europäische Union wird - bei aller berechtigten Kritik und selbst wenn sie eine paneuropäische Integration aus eigener Kraft nicht vollenden kann - in diesem Prozeß eine wichtige Rolle spielen. Die vier Schlüsselkonzepte für eine notwendige Reform sind: Der paneuropäische Ansatz, Demokratie, soziale Ökologie und Dezentralisierung.

Nun hat die Union eine ganz neue Richtung eingeschlagen. Der Maastrichter Vertrag stärkt eher die Regierungszusammenarbeit als das Mitentscheidungsverfahren, in das das Europaparlament eingebunden ist. Die geheimen Konklaven der zwölf nationalen Delegationen im Beirat der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und der verschiedenen Ratsminister unterhöhlen weiter die effektive Kontrolle der nationalen Parlamente über ihre Regierungen.

Es ist dringend geboten, neue Initiativen zu ergreifen, um einer Union, festgefahren und unfähig zu positiven gemeinsamen Aktionen im Namen ihrer Bürger und im Einklang mit ihrer weltweiten Verantwortung, neuen Auftrieb zu geben.

Grundlage der Verträge war von Anfang an das Konzept des Freihandels in engem Verbund mit Wirtschaftsinteressen und einem zwischenstaatlichen Ansatz, die beide stark in Frage gestellt werden müßten.

Die Ziele der Union

Die Europäische Union, so wie sie von den Grünen Parteien gesehen wird, muß aus demokratischen Länder bestehen, die in der Lage sind, demokratische Freiheiten zu garantieren und zu entwickeln und Öko-Entwicklung, Solidarität und Gerechtigkeit in der Welt zu fördern.

1. **Außenpolitik : Die Entwicklung einer wahrhaft demokratischen gemeinsamen Außenpolitik muß, so die Auffassung der Grünen, ein wesentliches Ziel der Europäischen Union sein. Diese Außenpolitik darf weder als Ergebnis die Gestaltung eines neuen Militärblockes haben noch abhängig sein von parallelen Organisationen wie der WEU oder Militärallianzen wie der NATO.**

   Ihre Ziele sollten sein : Förderung des Friedens, Kooperation zwischen allen Staaten, Abrüstung, Konversion der Rüstungsindustrie, harmonische und faire Entwicklung für alle Menschen in der Welt, Verbesserungen der Handelsbedingungen und bei den internationalen Beziehungen.

2. **Innenpolitik : Die Union sollte eine harmonische Entwicklung der Gesellschaft im Kontext von ausgewogenen Beziehungen mit dem Rest der Welt zum Ziel haben. Diese Beziehungen sollten basieren auf :**

   * **der fairen und umweltverträglichen Nutzung der natürlichen Ressourcen ;**

   * **dem schrittweisen Abbau der Ungleichgewichte unter den Regionen und**

   * **auf einer konstanten Förderung der Lebensqualität.**

Beitrag der Institutionen zur Beseitigung des Demokratiedefizits

Im Augenblick ist in der Union die Macht der Legislative nicht klar von der der Exekutive abgegrenzt ; ihre Entscheidungsprozesse, die eine ganze Reihe von unterschiedlichen Verfahren für die einzelnen Politikfelder vorsehen, sind komplex und ohne ein klares Grundprinzip; herauskommt eine außerordentliche Vieldeutigkeit bei den Aufgaben, die das institutionelle Gefüge der Union derzeit hat.

Das Parlament ist keine wirklich legislative Gewalt ; die Kommission hat sowohl gesetzgeberische als auch ausführende Kompetenzen; der Rat ist Regierung, gesetzgebende Kraft und diplomatische Konferenz zugleich; der Gerichtshof hat keine wirklich judikativen Kompetenzen.

Eine demokratische Europäische Union braucht eine transparente Struktur. Die Konstruktion der drei getrennten "Pfeiler" im Vertrag von Maastricht behindert eine demokratische Arbeitsweise. Hinzu kommen Gesetze, die eher zu einem unkontrollierbaren Geldausgeben und zu Machtmißbrauch verleiten und zu einem abträglichen Vertrauensverlust der Bürger gegenüber dem politischen System führen.

Vorschläge der Grünen :

a. Zusammen mit der Erweiterung der Europäischen Union durch die EFTA-Staaten sollte der Zeitplan einen schrittweisen Beitritt der Visegrad-Staaten (Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn und Polen) vorsehen. Über den Beitritt sollte in einem Referendum in den sich bewerbenden Staaten befunden werden.

b. Zusammen mit dem Ministerrat bildet das Europaparlament die gesetzgebende und über den Haushalt entscheidende Gewalt der Europäischen Union. Das Parlament muß die Befugnis haben, Gesetzesvorlagen einzureichen ebenso wie die politische Kontrolle über die Kommission auszuüben.

c. Das Europaparlament muß europaweit nach einem einheitlichen Verhältniswahlrecht gewählt werden.

d. Der Ministerrat darf nur einer der beiden Arme der Legislative sein. Ministerrat und Europaparlament müssen mit qualifizierter Mehrheit entscheiden.

e. Vertragsänderungen, die Aufnahme neuer Mitglieder, die Erweiterung der Kompetenzen der Union und die Ausarbeitung einer Verfassung sollten qualifizierte Mehrheiten in Parlament und Rat erfordern. Ein unionweites Referendum sollte anläßlich der Revision des Maastrichter Vertrages 1996 durchgeführt werden.

f. Der Ausschuß der Regionen, vom Maastrichter Vertrag eingeführt, sollte aus demokratisch gewählten Repräsentanten der Regionen bestehen.

g. Das Europaparlament sollte gemeinsam mit den nationalen und regionalen Parlamenten eine verfassunggebende Versammlung abhalten, um auf diesem Wege eine sorgfältig vorbereitete europäischen Verfassung, die Europa so dringend benötigt, auszuarbeiten.

h. Der Europäische Gerichtshof sollte alle nötigen Kompetenzen für die Aufsicht über alle Gesetze der Union haben. Die Regionen müssen die Möglichkeit haben, sich in den Fragen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, an den Gerichtshof zu wenden.

i. Die öffentliche Kontrolle durch den Europäischen Rechnungshof muß gestärkt werden. Vorschriften, die Betrügereien und Bestechung begünstigen, müssen geändert werden. Die Parteienfinanzierung muß offengelegt werden und unter der Kontrolle der Öffentlichkeit erfolgen.

XIV. Die Erweiterung der Union

Die Grünen sind davon überzeugt, daß die Union für alle Menschen und alle demokratischen Länder Europas offen sein sollte; dieses steht im Zusammenhang mit dem politischen Ziel, eine demokratische und friedliche Union aus allen Völkern und Ländern Europas aufzubauen.

Vor allem nach dem Fall der Berliner Mauer haben mehr und mehr Länder den Wunsch geäußert, am Aufbau eines integrierten Europas mitzuwirken, auch wenn die Bürger nicht immer voll in die Entscheidungen, was eine Euopäische Union sein und tun sollte, miteinbezogen werden können.

Die gravierenden Probleme, die derzeit noch in der Union bestehen, sollten schnellstens besonders im Hinblick auf die Aufnahme neuer Mitglieder in Angriff genommen werden. Das immer noch vorhandene Demokratiedefizit, die unzureichende und irreführende Information der Öffentlichkeit über die europäischen Entscheidungsprozesse, die europapolitischen Mängel in den Bereichen Soziales, Finanzen, Umwelt, Verkehr und in anderen Politikfeldern werden besonders deutlich angesichts des Beitritts neuer Mitglieder.

Aus diesen Gründen sehen die Grünen die Art und Weise, wie die Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden begonnen und geführt wurden, sehr kritisch. Wir bedauern den Druck und die Hast, die den Verhandlungsprozeß begleiteten. Unter diesen Bedingungen ist es schwierig, in den beitrittswilligen Ländern vor den Referenden eine offene und klare Debatte darüber zu führen, welches politisches Engagement ein Beitritt bedeutet und welches die konkreten Bedingungen für eine Mitgliedschaft sind. Wir halten es daher seitens des Ministerrats für unverantwortlich, daß der Erweiterungsprozeß in Gang gesetzt wurde, ohne zugleich eine Demokratisierung der Institutionen der Union und ohne die Bedingungen für eine größere Transparenz einzuführen.

Wir bekräftigen unsere grundsätzliche Kritik an einer Vision vom Aufbau Europas, der ausschließlich auf die Schaffung eines riesigen Binnenmarktes ausgerichtet ist und sich auf ökonomisch entwickelte Länder beschränkt; die Erweiterung der Gemeinschaft kann nicht ausschließlich auf der Basis wirtschaftlicher Parameter erfolgen.

Die Erweiterung der Europäischen Union sollte sich nicht auf die EFTA-Länder beschränken. Wie im Falle von Griechenland, Spanien und Portugal, so kann ein Beitritt zur Union auch für Mittel-, Ost- und Südeuropa ein bedeutender Beitrag zur demokratischen und wirtschaftlichen Stabilisierung dieser Länder sein.

Dieser Prozeß kann jedoch nicht ohne die besondere Beachtung folgender Aspekte vonstatten gehen :

* **die Einhaltung der Menschenrechte sollte eine strikte Voraussetzung für einen Beitritt zur Europäischen Union sein ;**

* **eine Öffnung des Marktes der Union für Produkte aus Mittel- und Osteuropa sollte Hand in Hand gehen mit einer wohl überlegten Politik, deren Ziel es sein muß, die ökologischen und sozialen Ungleichgewichte zwischen Ost und West zu überwinden.**

Vorschläge der Grünen :

a. **daß die Beitrittsgesuche aller Bewerber gleich behandelt werden, unabhängig von der Größe, dem ökonomischen Gewicht oder der strategischen Bedeutung der beitrittswilligen Länder ;**

b. **daß die Beitrittsverhandlungen die vier Staaten der Visegrad-Gruppe auf der Basis der oben definierten Prioritäten einschließen müssen ;**

c. **daß in dem Maße, wie Kompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene abgeben werden und aus der Gemeinschaft eine Union föderalen Typs wird, auch eine Dezentralisierung und einer Verlagerung von Kompetenzen von der staatlichen auf die regionale Ebene erfolgen sollte ;**

d. **daß die Union die Gelegenheit der Beitrittsverhandlungen ergreifen sollte, um gemeinsam mit den Bewerberstaaten die derzeitige EU-Gesetzgebung in Fragen des Umweltschutzs unter dem Gesichtspunkt der höchstmöglichen Standards zu überprüfen. In diesem Zusammenhang sollte die Union bereit sein, ihre erreichten Standards dort zu modifizieren, wo die Gesetze der Beitrittskandidaten strengere Vorschriften vorsehen ;**

e. **daß die "Opting Out"-Klauseln für bestimmte Zuständigkeitsbereiche der Union abgeschafft werden sollten, um den inneren Zusammenhalt der größer gewordenen Union sicherzustellen ;**

f. **daß eine gemeinsame Außenpolitik unabhängig von bestehenden Militär-allianzen entwickelt werden sollte, um neutralen Ländern die volle Teilnahme zu ermöglichen ;**

g. **daß eine europäische Verfassung verabschiedet werden sollte, um die Vieldeutigkeiten des Maastrichter Vertrages zu beseitigen und allen Menschen in Europa die Möglichkeit zu geben, sich im vollen Bewußtsein entweder für**

das Projekt der demokratischen Union oder einen riesigen Binnenmarkt zu entscheiden, der durch zwischenstaatliche Abkommen geregelt wird. In diesem Kontext kann der Verfassungsentwurf, der kürzlich vom Europaparlament ausgearbeitet wurde, als nützlicher Anfang betrachtet werden.

XV. Ziele der Gemeinsamen Europäischen Sicherheitspolitik

Frieden ist unteilbar

Schon zu lange war Sicherheit verbunden mit dem militärischen Gleichgewicht der Kräfte und dem Einsatz von Druck und Gewalt zur Lösung internationaler Konflikte. Doch kann man Sicherheit nicht länger nur in militärischen Termini betrachten. Die Grünen setzen auf ein größeres, umfassenderes Konzept der Sicherheit, das soziale, ökonomische, ökologische, psychologische und kulturelle Aspekte berücksichtigt. Auf diese Weise konzentriert sich die Politik der Grünen auf die Verhinderung bewaffneter Konflikte, auf die Beseitigung von Kriegsursachen und auf die Entwicklung einer friedlichen Konfliktlösung. Investitionen in den Kampf gegen Rassismus, in das Verständnis und den Respekt anderer Kulturen und vor allem in die Beendigung der globalen Armut wären Europas stärkster und effektivster Langzeitsicherheitsplan.

Der Frieden muß organisiert werden

* **Sowohl europa- als auch weltweit gibt es viele allgemeine Probleme, die leicht zu neuen bewaffneten Konflikten führen können. Umweltzerstörung, Grenzprobleme, ethnische und nationale Rivalitäten, knappe Bodenschätze und die Weiterverbreitung von Waffen sind unausweichlich miteinander verflochten und müssen daher systematisch angegangen werden. Zudem ist offensichtlich, daß sozialer Wandel und die Einhaltung des Völkerrechts nicht manu militari durchgesetzt werden können, sondern per Konsens akzeptiert werden müssen.**

* **Neutrale Staaten können als Orte für Verhandlungen, Informationen und aktive Konfliktvorbeugung eine wichtige Rolle spielen, um so mehr, als ihre Unabhängigkeit von militärischen Interessen in letzter Zeit gewachsen ist. Neutralität muß verbunden sein mit aktiver Solidarität, Konfliktverhinderung und nichtmilitärischer Konfliktlösung. Wir befürworten ein kooperatives Sicherheitssystem, das sich auf nichtmilitärische Mittel stützt und an dem neutrale Länder freiwillig teilnehmen können.**

* **Um Kriege zu verhindern, müssen wir den Frieden organisieren. Anstatt eine militärische Supermacht Europa zu schaffen, wie vom Maastrichter Vertrag ins Auge gefaßt, fordern die Europäischen Grünen kooperative Sicherheitsstrukturen in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen: lokal, regional, national und international. Dies erfordert eine Umschichtung nationaler Geldmittel und**

* **Die wichtigsten Ziele der Grünen in der kommenden Dekade sind :**

a. **Freiheit und Demokratie fördern und bewahren ;**

b. **die Kluft zwischen Arm und Reich verringern ;**

c. **gerechte Verteilung und nachhaltige sowie umweltverträgliche Nutzung der natürlichen Ressourcen ;**

d. **Schutz von Umwelt und Biosphäre ;**

e. **Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems, das in der Lage ist, Auseinandersetzungen zu verhindern und Streitigkeiten ohne Rückfall in die Gewalt zu handhaben und zu lösen ;**

f. **generelle und vollständige Abrüstung, wie von der UNO befürwortet.**

Für ein neues Europäisches Sicherheitssystem

1. **Das Ende des Kalten Krieges bringt neue Herausforderungen. Territoriale, ethnische und ökonomische Konflikte bedrohen Frieden und Sicherheit. Der Umbruch in Mittel- und Osteuropa hat zu vielfältigen Problemen geführt, die in manchen Ländern wirtschaftliches Chaos, hohe Arbeitslosigkeit, Mangel an Konsumgütern, hohe Staatsverschuldung, große soziale Unruhen und wachsende nationalistische oder chauvinistische Tendenzen beinhalten. Die ehemaligen Sowjettruppen sind noch nicht vollständig aus fremden Ländern abgezogen, und militärische Drohung wird in Verhandlungen immer noch als indirektes Argument benutzt. In der Ära nach dem Kalten Krieg wird Europa stärker von bewaffneten Konflikten heimgesucht als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg.**

   Die blutigsten Konflikte finden zur Zeit auf dem Balkan und im Kaukasus statt. Trotz all ihrer großen Worte war die EU nicht zu einer gemeinsamen Außenpolitik imstande, mit der sie eine gewichtige Rolle im Dienste des Friedens hätte spielen können. Es gab kaum echte Bemühungen um friedliche Formen der Einflußnahme, insb. durch die Unterstützung von Friedensbewegungen vor Ort, durch eine Verschärfung des Embargos oder eine Mobilisierung von umfangreichen Peace-Keeping-Forces. Im Falle von Bosnien-Herzegowina wurde daraus ein Verrat besonders desjenigen Großteils des Volkes, der sich trotz allem weiterhin um die Aufrecherhaltung einer multiethnischen Gesellschaft bemühte. Die EU- und UN-Verhandlungsführer waren nur allzu bereit, in die Teilung des Landes entlang ethnischer Linien einzuwilligen. Die Grünen fordern dringend, den Anspruch der rechtmäßigen Regierung von Bosnien-Herzegowina auf einen lebensfähigen Staat anzuerkennen und zu schützen und ausreichend UNPROFOR-Truppen zum Schutze sicherer Zonen zu entsenden. Es müssen all diejenigen

Kräfte im ehemaligen Jugoslawien unterstützt werden, die sich für Menschenrechte, Demokratie und Dialog gegen Chauvinismus und ethnische Säuberungen einsetzen.

2. Von keiner einzelnen europäischen Institution kann erwartet werden, daß sie sich dieser Probleme annimmt, aber das System der "miteinander verflochtenen Institutionen", das momentan entwickelt wird, ist durch die Vorherrschaft der westeuropäischen Verteidigungsinteressen (NATO und WEU) sehr belastet. Diese haben beinahe uneingeschränkte Mittel zur Verfügung, während sie die Friedenserhaltung und Konfliktlösung in der Praxis ignoriert haben.

3. Wir wollen NATO und WEU - die es nicht geschafft haben, eine neue Strategie zu entwickeln, die der dramatisch veränderten internationalen Lage Rechnung trägt - abschaffen und durch ein kollektives gesamteuropäisches Sicherheitssystem ersetzen, das aus allen europäischen Ländern besteht, und das in der Lage ist, mit der Prävention, der Handhabung und der Lösung von Konflikten zwischen und in Mitgliedstaaten fertig zu werden. In diesem System ist die Sicherheitspolitik der vollen parlamentarischen Kontrolle unterworfen und ihr wichtigstes Ziel ist Verzicht auf Gewalt bei der Konfliktlösung. Alle Aufgaben dieses Sicherheitssystems sollten in einem verbindlichen Vertrag festgehalten werden : Untersuchungen, Vermittlung, Schlichtung, Versöhnung, Schiedssprüche und Rechtsprechung. Um Frieden zu erhalten, soll die Entsendung von Friedenstruppen, falls es notwendig ist, unter UN-Befehl gewährleistet sein, nachdem zwischen den kriegführenden Parteien eine Übereinkunft erzielt wurde.

   Der beste Weg, dieses Ziel zu erreichen, ist der strukturelle Ausbau der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu einer "regionalen Sicherheitsorganisation", wie sie Artikel 52 ff. der UN-Charta vorsieht. Die endgültige Ernennung der KSZE zu einem territorialen Sicherheitssystem hängt von der Schaffung weiterer regionaler Sicherheitssysteme ab.

4. Wenn die KSZE wirksam arbeiten soll, muß sie über Geldmittel verfügen, die eine ernsthafte Verfolgung der Ziele Vertrauensbildung, Konfliktverhinderung und Demokratie ermöglichen. Ihr momentanes Budget von rund 3 Millionen US-Dollar entspricht nur einem Bruchteil des NATO-Budgets. Daher schlagen die Grünen vor, daß das NATO-Budget mit seinen Geldmitteln und Vermögen der KSZE übertragen wird. Wir wollen, daß bis zum Jahr 2000 die KSZE das wichtigste europäische Sicherheitssystem ist, und daß sich die NATO bis dahin freiwillig aufgelöst hat.

5. Auf lange Sicht sehen die Grünen für nationale Streitkräfte keine Aufgaben mehr. In der Zwischenzeit sollten nationale Truppen nur im Falle der Selbstverteidigung bzw. nur unter KSZE- oder UN-Mandat eingesetzt werden.

6. **Die zunehmende europäische Zusammenarbeit darf nicht zu einer weiteren Verschlechterung der Lage der Dritten Welt führen. Europäische Politik findet nicht nur im Ost-West-Kontext statt. Viele europäische Probleme können nicht von der Nord-Süd-Dimension der Weltpolitik getrennt werden. Eine Hauptfrage der europäischen Sicherheit ist das Verhältnis Europas zum Mittelmeerraum und zum Mittleren Osten. In beiden Regionen gibt es Probleme, die durch Kooperation gelöst werden müssen. Die Errichtung einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen "Festung Europa" würde die Konflikte nur verschärfen und Europas Sicherheitslage komplizierter machen.**

   Die Probleme des Mittelmeerraumes sollen auf einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit für den Mittelmeerraum gelöst werden. Diese Konferenz soll sich mit gemeinsamer Sicherheit, Konflikthandhabung und -lösung, wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Wanderbewegungen, Menschenrechten und ökologischer Sicherheit befassen.

Abrüstung

1. **Atomwaffen dürfen in einem grünen Europa nicht existieren. Die Theorie der nuklearen Abschreckung würde alle Länder berechtigen, Atomwaffen zu besitzen. Ein umfassender Vertrag über das Verbot von Atomtests und die nukleare Abrüstung Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands, der Ukraine und Weißrußlands sind dringend notwendig.**

2. **Unser Ziel ist die Kontrolle, Reduzierung und schließliche Beseitigung aller europäischer Exporte an militärischer, atomarer oder anderer, der Unterdrückung dienender Technologie. Andere nichteuropäische Länder müssen wir überzeugen, sich uns anzuschließen. Wir sind gegen die staatliche Unterstützung von Waffenexporten und gegen Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung.**

3. **Die KSZE muß zudem eine wichtige Rolle bei den laufenden Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen spielen, unterstützt von integrierten KSZE-Institutionen für die Durchführung der Überprüfung und der Konversion. Im KSZE-Sicherheitsforum streben die Grünen nach konkreten Maßnahmen mit dem Ziel :**

   a. **vollständige Abschaffung nuklearer, biologischer und chemischer Waffen. Die größte Gefahr ist momentan das Risiko, daß nukleare und andere Massenvernichtungswaffen weiterverbreitet werden. Alle Atomtests müssen verboten werden und alle Waffen zur Massenvernichtung müssen UN-Kontrolle unterstellt und danach zerstört werden ;**

b. **Harmonisierung der verschiedenen Rüstungskontrollabkommen, die bisher beschlossen wurden ;**

c. **einschneidende Kürzungen der Ausgaben für konventionelle Waffen und Militär sowie Umstrukturierung der verbleibenden konventionellen Streitkräfte zu nichtangriffsfähigen, defensiven militärischen Verbänden ;**

d. **Förderung multilateraler Einschränkungen beim Waffenhandel und Zusammenarbeit, um eine Weiterverbreitung aller Arten von Waffen zu verhindern ;**

e. **Zusammenarbeit bei der Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion.**

Garantien für demokratische Rechte

* **Es ist unser Ziel, die Bestimmungen der internationalen Abkommen über die Einhaltung der Menschenrechte in nationale Gesetze aufzunehmen.**

* **Jedes Mitglied der KSZE soll sich einem internationalen Gerichtshof über die Einhaltung demokratischer Rechte und Menschenrechte unterwerfen.**

Für eine zivile Gesellschaft in einem Europa der Regionen

Die Schaffung eines gemeinsamen Sicherheitssystems darf nicht auf einen institutionellen Prozeß beschränkt bleiben. Kontakte zwischen den Menschen innerhalb und zwischen Ländern - im Rahmen eines Europas der Regionen - sind notwendig, um verträgliche Lösungen für viele der drückenden Probleme Europas zu finden. Eine Versammlung der Europäischen Regionen wird als Bürgerforum innerhalb der KSZE entwickelt werden. Die KSZE sollte mehr sein als ein Klub von Diplomaten und Generälen; NGOs (Nichtstaatliche Organisationen) sollten als Partner im KSZE-Prozeß anerkannt werden. Sie sollen das Recht haben, auf KSZE-Treffen zu sprechen, und sie sollten Zugang zu allen bestehenden Dokumentationen und Vorschlägen bekommen, sobald diese vorliegen.

Reform der Vereinten Nationen

1. **Die UNO muß demokratisiert und dadurch in die Lage versetzt werden, eine zentrale Rolle bei der Förderung integrierter regionaler Friedens- und Entwicklungsprogramme zu spielen. Wir werden uns für die Reform des Sicherheitsrates hinsichtlich einer gleichberechtigten Vertretung der globalen**

Regionen und für die Abschaffung des Vetorechtes einsetzen. Entscheidungen sollten mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden.

2. **Die Grünen betonen die Notwendigkeit, daß die UNO eine Schutzfunktion zur Verhinderung weiterer bewaffneter Eskalationen eines Konfliktes ("Peace-keeping") hat. Ziel aller Arten von Intervention muß immer sein, einen Prozeß in Gang zu setzen, der zur Konfliktlösung statt zum Einfrieren des Konflikts führt.**

3. **Die Grünen fordern des weiteren die Einsetzung von :**

   a. **UN-Zentren für Konfliktlösung mit Vermittlungsteams, die in allen kulturellen und religiösen Bereichen ausgebildet sind, die die Konflikte überwachen und eingreifen, bevor Gewalt ausbricht ;**

   b. **einer UN-Überwachungsbehörde für Konflikt-Frühwarnung und die Kontrolle der Einhaltung von Verträgen.**